

12  
12  
**Reden**

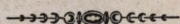
in der

**Waffenstillstandssache**

gehalten

vom

Abgeordneten **Seckfcher.**





1717

Universitätsbibliothek



1717



## **V o r r e d e.**

---

Ich habe den Wiederabdruck der nachfolgenden Reden für angemessen erachtet, nicht weil ich einen besondern Werth auf sie lege, sondern weil sie, da mir die Zeit zur Correctur fehlte, in den stenographischen Berichten mit sinnentstellenden Druckfehlern erschienen sind. Nur die letzteren habe ich gebessert, sonst aber nichts verändert noch hinzugesetzt.

Frankfurt a. M. den 27. September 1848.

**Heckscher.**





## Erste Rede,

gehalten

in der 77. Sitzung der Nationalversammlung

am 14. September 1848

von Dr. Heckscher.

---

Mit Sehnsucht habe ich diesen Tag herbeigewünscht, mit schmerzlicher Ungebuld auf diese Stunde gewartet, diese Stunde der Entscheidung über den Bestand, das Ansehen, die völkerrechtliche Bedeutung der Centralgewalt, der Rechtfertigung ihrer verantwortlichen Diener. Nie hat eine gewichtigere, nie eine inhaltschwerere Frage einer großen, beratenden Versammlung vorgelegen. Was hängt nicht an unserer Entscheidung? Der Friede Europa's, die Einheit Deutschland's, das Glück und die Wohlfahrt der Herzogthümer, der Geist und die Richtung des künftigen Reichsministerraths. Meine Herren! Ich habe viel hören, ja, ich kann sagen, viel ertragen müssen; ich verlange kein anderes Aequivalent dafür, als Gehör und Gerechtigkeit. Ich bitte, vor allen Dingen Zweierlei festzuhalten bei dieser wichtigen Verhandlung: zunächst, daß es sich nicht hier um einen definitiven Frieden, sondern nur um einen zeitweiligen Waffenstillstand handelt; sodann in Beziehung auf die Stellung des Reichsministeriums, daß dieses nicht einen Waffenstillstand abgeschlossen, sondern die Krone Preußens beauftragt hat, ihn abzuschließen. Auch, meine Herren, ist festzuhalten, was das Ziel des Krieges war. Es ist zwar unterlassen worden, wie es sonst in Kriegsfällen der Brauch ist, ein Manifest zu erlassen; das ist unterblieben, weil man den Krieg als einen Executionszug betrachtete; aber der eingestandene Zweck des Krieges war nicht, Schleswig-Holstein zu erobern, es gewaltsam Deutschland einzuverleiben; das Ziel war die Wahrung der von Dänemark widerrechtlich angetasteten Rechte der Herzogthümer. Meine Herren! Ich habe früher gesagt, der vor-



gelegte Waffenstillstand unterliege erst noch der Genehmigung oder Nichtgenehmigung der Centralgewalt, indem er nicht unwesentliche Abweichungen von den Bedingungen der Autorisation an Preußen enthalte, und ich habe gesagt, daß aus demselben Grunde und wegen der politischen Natur und der Dauer des Waffenstillstandes auch die analogische Anwendung des Art. IV des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt eintrete, welches Verträge über Krieg und Frieden nur im Einverständnisse mit der Nationalversammlung zuläßt. Ich werde das rechtfertigen, meine Herren. Zunächst hat ein Bundesbeschluß vom 4. April die Krone Preußen beauftragt, Namens des deutschen Bundes und auf der Basis der unverkürzten Rechte Holstein's das Vermittlungsgeschäft zu übernehmen. Es wurde unter dem 12. April von dem Bundestage beschlossen, daß Preußen zu ersuchen sei, bei dem Vermittlungsgeschäft dahin zu wirken, daß Schleswig in den deutschen Bund aufgenommen werde, weil man darin das beste Sicherungsmittel eben dieser angetasteten Rechte erblickte. Es wurde die provisorische Regierung, welche sich Namens des Herzogs und mit Vorbehalt der Rechte des Herzogs constituirt hatte, als solche und in diesem Maaße von dem Bundestage anerkannt. Was das Vorparlament in dieser Frage beschlossen hat, wissen Sie; es hat geradezu die Vereinigung Schleswig's mit Deutschland ausgesprochen; aber ob Dritten gegenüber ein solch einseitiger Machtpruch auf Anerkennung Anspruch hatte, will ich hier nicht weiter untersuchen. In der 39. Sitzung des Bundestags wurde von Preußen eine diplomatische Correspondenz mit Großbritannien mitgetheilt, und in dieser Correspondenz hatte Preußen an Großbritannien erklärt, daß es nur im Namen und in Vollmacht des deutschen Bundes diese Verhandlung führe. Die englische Vermittlung wurde angenommen, und es wurde bei dieser Gelegenheit ausdrücklich dem deutschen Gesandten in London aufgegeben, Großbritannien zu erklären, daß nur im Namen des deutschen Bundes und vorbehaltlich der Genehmigung desselben Preußen mit der Führung der Verhandlungen beauftragt sei. Unter dem 6. Mai finden Sie folgenden Beschluß des Bundestags: daß Preußen zu ersuchen sei, die Bundesversammlung rechtzeitig vom Stande der Unterhandlungen zu unterrichten, und präjudizielle oder definitive Verabredungen ohne Beschluß des



Bundes nicht zu treffen. Unter dem 12. Juni ferner ging eine Note des preussischen Gesandten, Ritter Bunsen in London, an Lord Palmerston ein, in welcher es hieß, daß Preußen im Namen und mit Sanction des ganzen deutschen Bundes handle. Ich will von dem Verlaufe und den Resultaten der unter englischer Vermittelung gepflogenen Verhandlungen hier nichts weiter sprechen, Sie finden sie in dem von Ministerium des Auswärtigen veröffentlichten Complex von Actenstücken. Es ist bekannt, daß diese Verhandlungen zu keinem Resultate führten. Nun kam, meine Herren, das Gesetz vom 28. Juni, welches die Centralgewalt erschuf. Mitteltst dieses Gesetzes trat an die Stelle des deutschen Bundes der deutsche Bundesstaat, und an die Stelle des Bundetags trat die provisorische Centralgewalt Deutschlands. Sie finden das im Artikel II. sub a und im Artikel III des angeführten Gesetzes. Erst am 12. Juli konnte rückkehrend mit Ihrer Deputation der Reichsverweser sein Amt antreten. Am demselben Tage übertrug ihm die Bundesversammlung die Totalität ihrer Befugnisse und Verpflichtungen, und später wurde von den Regierungen die Centralgewalt anerkannt. Leider — es beruhte aber dieß auf Ihrer Genehmigung, die Sie aus gewichtigen Gründen ertheilten, — leider mußte der Reichsverweser noch einmal nach Wien gehen, um sein Wort zu lösen, den Reichstag dort zu eröffnen, und sein hohes Amt des alter ego des Kaisers niederzulegen, und erst am 3. August konnte er bei den eingetretenen schweren Verwickelungen in Wien, namentlich in Beziehung auf die croatische Frage, hierher zurückkehren. Damals, während des Aufenthaltes des Reichsverwesers in Wien, erhielt die Centralgewalt zuerst Kunde von dem weiteren Verlauf und den zeitweiligen Ergebnissen der Verhandlungen. Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch Dieses noch anführen: In den wenigen Tagen des Aufenthalts des Reichsverwesers in Frankfurt konnte es nicht gelingen, ein vollständiges Ministerium zu bilden; er ließ ein Ministerium zurück, das nur aus drei Personen bestand, wovon die eine ihn begleitete. Im Drange des Augenblicks wurde beschlossen und ausgeführt, die sämmtlichen deutschen Regierungen von dem Amtsantritte des Reichsverwesers officiell in Kenntniß zu setzen, und Geschäftsbeziehungen mit ihnen zu eröffnen; aber das gewichtige und mehr, als Manche sich den-



fen mögen, schwierige Geschäft der Beziehungs- = Anknüpfungen mit den auswärtigen Mächten wurde ausgesetzt bis zu der Rückkunft des Reichsverweisers, bis zur Vervollständigung des Ministeriums, und es konnte um so mehr geschehen, als damals die Abwesenheit des Reichsverweisers voraussichtlich nur auf wenige Tage sich erstrecken konnte. Also, meine Herren, zuerst in Wien erfährte der Reichsverweiser die damaligen Ergebnisse der Verhandlungen, das erste Project von Malmö vom 2. Juli und das Project von Velleve vom 19. Juli. Es war der Generalmajor v. Below, welcher dieses Project nach Wien überbrachte mit einem Schreiben des Königs von Preußen, und welcher beauftragt war, die Autorisation des Reichsverweisers nachzusuchen zum Abschlusse eines Waffenstillstandes. Er traf dort am 29. Juli ein und theilte mir die Instruction mit, die er von dem Conseil-Präsidenten v. Auerswald mitgebracht hatte, und die vom 27. Juli datirt war. Es gehört nothwendig zur Sache, daß ich aus dieser Instruction Einiges in Ihrem Gedächtniß auffrische. Es hieß in dieser Instruction: „General Wrangel erhielt nach erfolgter königlicher Genehmigung des ersten Entwurfs von Malmö die Ermächtigung zum Abschlusse, und nach abermaliger Anfrage und Rückantwort vom 12. Juli den Auftrag, die Unterhandlungen zu erneuern.“ Ich citire nicht immer wörtlich, meine Herren, aber fast immer. Inzwischen, heißt es weiter, erhielt die preussische Regierung Kunde vom Amtsantritt des Reichsverweisers, die Vollmacht, die Preußen von dem Bundestag erhalten hatte, in dieser Sache die Angelegenheiten Deutschlands zu führen, ging nunmehr auf den Reichsverweiser zurück, und die königliche Regierung hielt es demnach für ihre Pflicht, den Oberbefehlshaber zu beauftragen, den Waffenstillstand nur unter Vorbehalt der Genehmigung Seiner kaiserlichen Hoheit abzuschließen. Die Veränderung der einmal besprochenen und von dänischen Staatsmännern angenommenen Punkte machte in Kopenhagen großes Bedenken. Vor Allem lag aber die Schwierigkeit der Verständigung in dem Umstande, daß die dänische Regierung bestimmt erklärte, sich nur auf einen unmittelbaren Abschluß, ohne weiteren Vorbehalt, einlassen zu können, während die preussischen Bevollmächtigten bekanntlich die Genehmigung des Reichsverweisers vorbehalten zu müssen glaubten. — Bekanntlich ist dieser Vorbehalt der Ratification des Reichs-



verwesers in einem in öffentlichen Blättern und sonst publicirten Briefe des dänischen Generals Hedemann zurückgewiesen worden, und zwar unterm 24. Juli. „Um nun diese Hauptschwierigkeit zu beseitigen, ward die Autorisation nachgesucht, einen Waffenstillstand unbedingt und ohne Vorbehalt abzuschließen und auszuführen. Alsdann wird Preußen die Vorschläge zu Bellevue zum Grunde legen, und, wenn auch einzelne Modificationen der Redaction eintreten, an dem wesentlichen Inhalte derselben festhalten. Es wird in keinem Falle auf eine Auflösung der regulären Schleswig = holsteinischen Truppen eingehen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung haben sich bereit erklärt, unter den Garantien, wie sie in den letzten Vorschlägen gegeben sind, abzutreten. Außerdem hatte Dänemark gegen jedes Aggressiv = Verfahren gegen die eigentlichen dänischen Länder, die Unterstützung Schweden's und Rußland's, und die Sympathieen England's und vielleicht Frankreich's für sich. Nun stellte Preußen in Aussicht, daß es bei dieser Sachlage genöthigt werden könnte, die Truppen von Schleswig = Holstein abzurufen, wodurch die Herzogthümer gänzlich bloßgestellt gewesen wären. Es wurde ferner die vollkommene Unmöglichkeit deducirt, diesen in ganz Norddeutschland höchst unpopulären Krieg dem dringenden Ansinnen der Ostseeprovinzen gegenüber noch länger fortzusetzen, und auf die drohende Spannung zwischen Nord = und Süddeutschland hingewiesen. Am Schlusse ward mit Hinweisung auf die großen Opfer, die Preußen gebracht, der Anspruch erhoben und gerechtfertigt, die Führung und den letzten Abschluß einer Unterhandlung mit Vertrauen in seine Hand gelegt zu sehen, welche es bisher allein und unter den schwierigsten Umständen geleitet hatte. Es konnte diesem Ersuchen der Krone Preußen nicht alsbald willfahrt werden, weil der Reichsverweser sich nur in Begleitung des Justizministers in Wien befand. General v. Below sah dies auch vollkommen ein, und reiste sofort wieder nach Berlin und von Berlin hierher. Inzwischen eilte der Justizminister hierher nach Frankfurt zurück, und brachte die Sache unverweilt ins Conseil. Unterm 5. August übergab der preussische Minister und Bevollmächtigte, Herr Camphausen, auf dieselbe Weise, ich möchte sagen, wörtlich in derselben Fassung hier das bereits von dem General v. Below gestellte Gesuch, auf Grund des Pro =



jectes von Bellevue, „an dessen wesentlichem Inhalt, mit Ausnahme geringfügiger Modificationen der Redaction, festzuhalten sei,“ den Waffenstillstand auf die erwähnte Art abzuschließen, wobei verschiedene diplomatische Depeschen mitgetheilt wurden, auf deren Inhalt ich hier nicht weiter zurückkomme, aus denen aber zu ersehen ist, welches damals die feindselige Stimmung der Mächte war. Es erfolgte nun die Antwort des Reichsministeriums vom 6. August, und mit dieser fertigte das Reichsministerium die gewünschte Vollmacht auf Grund des Entwurfes von Bellevue vom 19. Juli und unter der Bedingung zu, daß die drei darin enthaltenen Zusätze ausdrücklich zur Anerkennung abseits der dänischen Regierung gebracht werden.“ Nur unter dieser Voraussetzung heißt es, „glaubt das Reichsministerium die Verantwortlichkeit dafür übernehmen zu können.“ — Es ging, wie Sie wissen, meine Herren, damals auch zugleich ein besonderer Bevollmächtigter des Reichsministeriums in der Person des Herrn Max v. Gagern in die Nähe des Ortes der Verhandlungen, und zwar, um sich dort zu einem dreifachen Zwecke aufzuhalten. Es ist diese Sendung des Herrn von Gagern mehrfach mißverstanden worden, und ich nehme diese erste willkommene Gelegenheit, darüber die Ansichten zu berichtigen. Ganz hauptsächlich, meine Herren, hatte diese Sendung des Herrn v. Gagern die Stellung des Reichsministeriums zur provisorischen Regierung der Herzogthümer zum Zwecke. Herr v. Gagern sollte nicht eigentlich an den Verhandlungen theilnehmen; es war ja diese Verhandlung der Krone Preußen übertragen, und es wäre theils unzulässig, theils unschicklich gewesen, nun dennoch einen Mitspieler der Unterhandlungen dahin zu schicken; darum sollte er sich nur in der Nähe aufhalten, und zwar zu einem klar ausgesprochenen dreifachen Zwecke: zunächst, um sich ins Vernehmen zu setzen mit der provisorischen Regierung in Beziehung auf die Auswahl der Personen, welche die interimistisch = collective Administration der Herzogthümer bilden sollten. In dieser Beziehung, meine Herren, war hier schon mit großer und umsichtiger Sorge vorgearbeitet worden. Das Reichsministerium hatte keine Mühe gescheut, um durch Erkundigung bei den schleswig = holstein'schen Abgeordneten zu erfahren, welche Personen etwa dort regierungsfähig und willkommen wären. Nach Maßgabe



dieser eingezogenen Erkundigungen hatte sie sorgfältig Gruppen von Personen aufgestellt, welche entweder successive, oder unter den mannigfaltigen eventuellen Combinationen dort berücksichtigt werden sollten. Diese Fortführung der Verhandlungen über die Personen war die Hauptaufgabe der Gegenwart des Herrn v. Gagern und seines Benehmens mit der provisorischen Regierung, und mit den Notablen und Sachkundigen der Herzogthümer. Dann war Herr v. Gagern beauftragt, sich dort auszulassen über die vorläufige Natur und Richtung der Friedenspräliminarien, und endlich war es seine Aufgabe, und er zu diesem Zwecke mit einem eventuellen Notificationschreiben versehen, der dänischen Regierung, wiewohl man sich ihr gegenüber im Kriegszustande befand, die völkerrechtliche Notification des Antrittes des Reichsverwesers zu übergeben, damit auch darin eine Erleichterung, eine directe Verständigung über den Frieden, vielleicht selbst über die Fassung und Benennung des Waffenstillstandes gefunden werden möchte. In der Vollmacht, welche nun von dem Reichsministerium unterm 7. August an Preußen ertheilt ward, wurde dasselbe, wie vorbesagt, ermächtigt, im Namen der provisorischen Centralgewalt einen Waffenstillstand abzuschließen. Es waren namentlich in dieser Vollmacht die drei Zusätze aufgeführt, welche das Reichsministerium als eine unabweichbare Bedingung und Beschränkung der festzuhaltenden Basis des Projectes von Bellevue hinzugefügt hatte, und es betrafen diese drei Zusätze die Personen, die Gesetze und Verordnungen und den deutschen Oberbefehl über die Truppen. Sie wissen, meine Herren, daß sowohl in dem Projecte von Malmö, als in dem von Bellevue die Feststellung in Beziehung auf die persönliche Bildung der Regierung in den Herzogthümern so formulirt war: Es sollten Preußen Zwei, Dänemark Zwei, diese Vier miteinander, den Fünften, und wenn sie das nicht vermöchten, Großbritannien den Fünften ernennen. Gegen diese Art der Personalbezeichnung erhoben sich triftige Bedenken. Man mußte sich sagen: Ernennet Preußen Zwei Mitglieder der Regierung, so werden sie ganz im deutschen Sinne ernannt; ernennet Dänemark zwei, — ganz im dänischen Sinne. Diese zwei Gruppen werden sich weder über die Regierung noch über irgend etwas verständigen können, am Allerwenigsten über die Person des Präsidenten; aber noch unhaltbarer erschien die



Zumuthung, daß eine fremde, wenn auch noch so hoch geachtete Nation, Großbritannien, ein eventuelles Recht erhielte, einen Regierungsbeamten für deutsche Provinzen zu ernennen, und wegen dieser Bedenken glaubte das Reichsministerium, daß es überhaupt eine falsche Ansicht sei, ein Princip über die Bildungsweise und Zusammensetzung der interimistischen Regierung aufzustellen, und es glaubte ein viel leichteres Mittel darin gefunden zu haben, daß man ohne Aufstellung irgend eines Princip's sich gleich gütlich über die Aufstellung der Personen verständige; darum war in einem dieser Zusätze gesagt worden, es müsse ein vorgängiges Einverständniß stattfinden über die Personen. Der zweite Punkt in diesen Zusätzen betraf die Gesetze und Verordnungen; ich werde Gelegenheit haben, bei der Prüfung und Erläuterung des Waffenstillstandes selbst mich ausführlich darüber auszulassen; hier genüge die Andeutung, daß dem Reichsministerium die nackte und sehr dubiöse Bezeichnung, daß regiert oder verwaltet werden solle nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen, in keiner Weise genügend schien, sondern daß es glaubte, daß dieß näher präcificirt werden müsse, daß unter den bestehenden Gesetzen und Verordnungen alle bis dahin erlassenen Gesetze und Verordnungen in den Herzogthümern zu verstehen seien. Endlich hielt das Reichsministerium auch den dritten Zusatz für nothwendig, nämlich zu sagen, daß die verschiedenen Truppenabtheilungen, die theils in Holstein, theils in Schleswig stationirt werden sollten, insgesammt unter dem deutschen Oberbefehl bleiben sollten, denn man konnte ja nicht mit Sicherheit voraussehen, inwiefern es gelingen werde, dem deutschen Einflusse Prävalenz in der Zusammensetzung der interimistischen Verwaltung zu verschaffen, und da man sich sichern mußte vor dem dänischen Einflusse, so mußte gesagt werden, daß auf jeden Fall diese Truppen nicht anders verwendet werden können, als im Interesse der deutschen Sache; es durften diese Truppen nicht zum Voraus unter den Befehl einer Regierung gestellt werden, von der man nicht wußte, ob sie nicht der Mehrheit nach im dänischen Sinne zusammengesetzt würde. — Unter den vorstehenden Bedingungen, heißt es, ertheile ich diese Vollmacht, das ist der Schluß derselben. Es ist aus den gedruckten Actenstücken die Vollmacht des Herrn v. Gagern vom 9. August Ihnen bekannt, und auch dort, meine Herren, werden Sie bestätigt finden, daß



derselbe ausdrücklich beauftragt und in Stand gesetzt war, sich einer völkerrechtlichen Notification des Amtsantrittes zu unterziehen. Die Reihe der Actenstücke habe ich bald erschöpft; ich finde nur noch die Aufforderung des preussischen bevollmächtigten Ministers Camphausen vom 11. und 12. August in Bezug auf die einstweilige Sistirung der constituirenden Versammlung von Schleswig-Holstein. Es ist auch dieser Punkt mannigfaltig commentirt, ich darf sagen, mißverstanden worden; aber, meine Herren, ich glaube, daß nach der dermaligen Sachlage ebenso gut der preussische Bevollmächtigte, als das Reichsministerium in ihrem Verfahren unbedingt gerechtfertigt dastehen; Herr Camphausen stellte dieses Gesuch zuerst mündlich, — es wurde ihm nach reiflicher Ueberlegung gewährt, — am 12. August wiederholte Herr Camphausen sein Gesuch schriftlich, und daher haben Sie den scheinbaren Widerspruch zu erklären, daß die Gewähr, die briefliche, glaube ich, vom 11. August, und das Gesuch des Herrn Camphausen vom 12. August datirt ist. Nun zur Sache selbst! Herr Camphausen stellte uns Folgendes vor: In einem Augenblicke, wo über den Waffenstillstand unterhandelt wird, scheint es nicht angemessen, daß das Land in eine so große Aufregung versetzt wird, wie sie eine constituirende Versammlung mit sich zu bringen pflegt, — es scheint nicht angemessen, daß man eine Menge neuer Gesetze und Verordnungen schaffe, in einem Augenblicke, wo man gerade darüber streitet, wer in diesem Lande Gesetze und Verordnungen zu erlassen habe. Auf der andern Seite, meine Herren, trat bei dem Reichsministerium ein noch viel triftigerer Grund hinzu, nämlich der Grund der Wahrung des guten Glaubens, der Abwehr eines Scheines von Hinterlist, den es nicht zugeben konnte. Sie wissen, meine Herren, daß das Reichsministerium darauf bestanden hatte, daß ausdrücklich gesagt werde: Unter den bestehenden Gesetzen und Verordnungen müssen verstanden werden alle bis dahin erlassenen Gesetze und Verordnungen; nun hieß es damals wenigstens aus glaubwürdiger Quelle, und zum Theil hat es sich durch die That bestätigt; es hieß, es sei im Drang und in der Noth, in welcher sich die Herzogthümer befanden, die Absicht der dortigen politischen Führer, unmittelbar in einem Wurfe durch eine neue constituirende Versammlung in Bausch und Bogen eine ganz neue Constitution annehmen zu lassen. Nun frage ich Sie, meine



Herren, in welchem Lichte hätte das Reichsministerium, hätte Preußen selbst dagestanden, da es die Bedingungen des Reichsministeriums geltend zu machen hätte? Man hätte gewissermaßen uns den Vorwurf machen können, daß wir eine solche Constitution wegescamotirt hätten; es vertrug sich nicht mit dem guten Glauben, etwas als einbegriffen in diesen Gesetzen und Verordnungen aufgenommen zu sehen, was zur Zeit der Stellung der Bedingungen selbst noch nicht existirte, — darum wurde diesem Gesuche von dem Reichsministerium nachgegeben, und es war nur eine kurze Vertagung, die nicht gefordert, sondern empfohlen wurde, und auf welche die provisorische Regierung in dem höheren Interesse des Landes und Deutschlands bereitwillig einging. Ich will Sie nicht weiter davon unterhalten, was die Stellung des Herrn v. Gagern in der Nähe des Ortes der Verhandlungen war; ich will Sie nicht davon unterhalten, daß Herr v. Gagern keine Mittheilung von dem Inhalte der Waffenstillstands-Bedingungen erhielt; endlich nicht davon, daß das Reichsministerium an dem Tage oder an dem Tage vor der Ratification die Mittheilung des Waffenstillstandes selbst erhielt; — Sie finden darüber das Nöthige in der Correspondenz und in den Actenstücken, aber das glaube ich, von dieser Correspondenz sagen zu können, daß sich darin gewiß das gute Gewissen des Reichsministeriums ausdrückt. Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, als einen der Hauptpunkte in dieser so mannigfach controvertirten Sache die entscheidende Frage von der Vollmacht an Preußen ins Auge zu fassen, und die Frage zu beleuchten, wie es sich mit der Behauptung verhält, daß Preußen eine Ermächtigung, ohne Vorbehalt und unbedingt abzuschließen, erhalten hat; ich nehme als Ausgangspunkt meiner beifälligen Bemerkung eine Publication, welche uns vertheilt worden ist, einen Commentar zur Instruction des Herrn v. Muerßwald, welche in mehreren Thesen die folgenden Sätze aufstellt; da heißt es: „Preußen habe von dem Reichsministerium eine unbedingte Vollmacht und ohne Vorbehalt der Ratification verlangt. Das Reichsministerium habe eine solche innerhalb bestimmter Grenzen erteilt. Die preussische Regierung habe annehmen müssen, daß der Auftraggeber dazu befugt gewesen. — Bei solcher Annahme habe sie abgeschlossen, und gegen Dänemark die Ausführung übernommen. Es seien ja die gestellten Bedin-



gungen im Wesentlichen erreicht. — Das Reichsministerium müsse wissen, ob es zum Abschlusse ohne Ratifications-Vorbehalt ermächtigen durfte, und wie es sich bei der Nationalversammlung darüber verantworten werde.“ — Nun, meine Herren, gestatten Sie mir dagegen, Ihnen diese einfachen thatsächlichen Bemerkungen vorzuhalten. Wahrlich, es ist nicht mein Zweck, hier eine Anklage gegen irgend Jemanden zu erheben; nein, das ganze Reichsministerium ist im Sinne der Versöhnung, der friedlichen Verständigung thätig gewesen, und ich werde von dieser Linie nicht abweichen, sondern lediglich einfache Schlussfolgerungen aus unstreitigen Sätzen hinstellen. Ich bemerke, daß, wenn man diesen Streit, diese Controverse — denn ein Streit ist es eigentlich nicht — auf die Spitze stellen wollte, so könnte man folgende logische Sätze ziehen: Preußen hatte kein Recht, eine Vollmacht zu verlangen, welche das Reichsministerium nicht ertheilen durfte; Preußen hatte kein Recht, zu glauben, daß das Reichsministerium eine ungesetzliche Vollmacht ertheilen werde, und wenn es dennoch glaubte, daß dieß geschehen werde, so hatte Preußen kein Recht, eine solche ungesetzliche Vollmacht zu gebrauchen. Der Wunsch, eine unbedingte Vollmacht zu ertheilen, ist sehr verschieden von der wirklichen Ertheilung; endlich die ertheilte Vollmacht ist eine genau bedingte. Eine solche genau bedingte Vollmacht, meine Herren, die konnte das Reichsministerium unter Berücksichtigung der Stimmung der Herzogthümer und der Ansicht der Nationalversammlung in der Hoffnung ertheilen, daß das Reichsministerium von Ihnen, von der hohen Versammlung, eine Indemnitätsbill erhalten werde; es konnte diese Hoffnung umsomehr hegen, als sie selbst unter dem 9. Juli, in derselben Sache beschlossen, daß selbst für den Frieden mit Dänemark eine Genehmigung der hohen Versammlung nicht vorbehalten werde. Ich weiß wohl, meine Herren, daß später in dem Gesetze über Erschaffung der Centralgewalt der Artikel IV im allgemeinen dem entgegenstehend lautet. Ich spreche aber auch nur von der Hoffnung einer Indemnitätsbill, und diese Hoffnung konnte sich umsomehr auch darauf begründen, daß nach bekannten Sätzen, nicht minder und nicht mehr des Civilrechts als des Völkerrechts, ein specielles Gesetz durch das spätere allgemeine nicht aufgehoben wird. Aber, wie gesagt, war es nur die



Hoffnung einer Indemnitätsbill. Die Verpfändung der Verantwortlichkeit im Glauben, in dem Hinblick hierauf, daß, zum wahren Wohle Deutschland's, wir unsere Verantwortlichkeit einsetzen mußten. Aber nie konnte das Reichsministerium, wenn es auch noch so sehr das Vertrauen haben durfte, daß es, in dem Sinne, wie es handelte, die Indemnitätsbill erhalten werde, nie, sage ich, konnte es Preußen, gegenüber dem gesetzlichen Ratificationsrechte der Versammlung von der Unerläßlichkeit dieser Ratification entbinden; mit anderen Worten, was auch das Reichsministerium auf seine Gefahr und Verantwortlichkeit that, es konnte das Ratificationsrecht der Versammlung niemals verschenken durch Ertheilung einer allgemeinen Vollmacht. Es hätte bei der damaligen Sachlage das Reichsministerium das Wohl Deutschland's, die Stellung der Nationalversammlung, nothwendig compromittiren müssen. Ferner, meine Herren, konnte gewiß das Reichsministerium die Angelegenheit der deutschen Nation nicht durch sein Vertrauen zu Preußen irgendwie gefährden; das stand ihm niemals zu, sondern es konnte nur seine eigene Verantwortlichkeit engagiren. Auch muß ich Das bemerken: Preußen kannte das Gesetz über die provisorische Centralgewalt, und wenn es dennoch eine demselben widerstrebende Vollmacht forderte, so mußte es sich um so genauer an die beschränkenden Bedingungen halten. Ferner, das Urtheil, ob die Propositionen zu Malmö mit den Bedingungen der Vollmacht übereinstimmen, konnte nie dem Ermessen des Beauftragten anheimgegeben werden; auf keinen Fall konnte dem definitiven entscheidenden Ermessen des Vollmachtgebers vorgegriffen werden. Im Gegentheil, dieses definitive Ermessen, diese Entscheidung mußte nothwendig in der Hand des Auftraggebers bleiben, des Auftraggebers, welcher berechtigt war, sich ungebunden zu halten, so lange die beschränkenden Bedingungen seines Mandates nicht innegehalten worden wären. Was nun die Form des Abschlusses betrifft, meine Herren, so konnte in der That Preußen nicht in seinem Namen und im Namen des deutschen Bundes abschließen; denn seinen eigenen Erklärungen zufolge, die ich Ihnen Eingangs vorgeführt, hat Preußen nur im Namen des deutschen Bundes gehandelt, und hatte auch die fremden Mächte damit bekannt gemacht, es handle nur als ein Mitglied der Gesamtheit. Also der Central-



Gewalt allein, für welche abgeschlossen werden mußte, konnte auch die Genehmigung und das definitive Urtheil hierüber zustehen. Meine Herren! Ich darf noch weiter gehen, und behaupten, daß das Dänemark wissen mußte, daß Preußen nur im Auftrage des gesammten Deutschlands, des deutschen Bundes auftrate, und aufzutreten ermächtigt war. Denn der dänische Gesandte für die Herzogthümer war selbst bei der Bundesversammlung zu der Zeit, wo Preußen ein beschränktes Mandat ertheilt wurde; den vermittelnden Mächten, namentlich Großbritannien, war es gleichfalls mitgetheilt worden, daß Preußen im Auftrage und im beschränkten Auftrage des deutschen Bundes handle. Nun kann Dänemark durchaus nicht sagen: Ich kannte eine Centralgewalt nicht, ich kannte nur einen deutschen Bund. Durchaus nicht; denn es wußte wohl, daß der deutsche Bund aufgehoben war; es war dieß eine notorische europäische Thatsache, daß eine Centralgewalt eingesetzt worden war. Dänemark blieb also nur die Alternative, zu sagen, entweder: Ich erkenne fortwährend trotz der Auflösung desselben nur einen deutschen Bund an; dann mußte es auch sagen: Ich weiß, daß der deutsche Bund nur eine beschränkte Vollmacht an Preußen als Mandatar gegeben hat, oder es mußte sagen: Der deutsche Bund hat aufgehört, und ich erkenne die Centralgewalt nicht an, weil sie mir nicht völkerrechtlich insinuiert worden ist. Was mußte Dänemark dann thun? Es mußte sich erkundigen, auf Grund welcher Vollmacht Preußen verhandle, und wenn Preußen seine Vollmacht nicht mitgetheilt hätte, was ich nicht voraussetzen darf, wenn es dazu aufgefordert worden wäre, so blieb Dänemark nichts übrig, als nach Frankfurt zu kommen, oder die Waffenstillstandsverhandlungen abubrechen; und Preußens Aufgabe als Mandatar war es, gegenüber Dem, mit welchem es unterhandelte, sich zu legitimiren durch Vorzeigung seiner Vollmacht. Meine Herren! Es sind dieß nach meiner Ueberzeugung so einfache Sätze, daß ich in Verlegenheit wäre, ihrer Einfachheit willen sie näher zu begründen. Also, meine Herren, durch diese Bemerkung glaube ich Das begründet und nachgewiesen zu haben, was ich damals nur kurz sagte, bei Vorlage des Waffenstillstandes, nämlich: „Die Centralgewalt ist nach Maßgabe des Gesagten befugt, ihre Genehmigung dem Waffenstillstande zu ertheilen, oder zu verwerfen;“ und die Nationalversammlung ist gleichfalls befugt,



wegen der politischen Natur des Waffenstillstandes, wegen der längeren Dauer desselben, wegen der Nichtinnehaltung der Bedingungen der provisorischen Centralgewalt, selbstständig noch zu entscheiden, ob sie den Waffenstillstand genehmigen will, oder nicht. Meine Herren! Ich muß Ihre Geduld noch eine Zeitlang in Anspruch nehmen. (Unruhe.) Ich bitte sehr um Nachsicht. Meine Herren! Lassen Sie mich bei dieser Angelegenheit noch einige irrige Bemerkungen in Betreff dieser Vollmacht widerlegen. Man hat es dem Reichsministerium zum Vorwurf gemacht: Warum hat es nicht selbst die Unterhandlung mit Dänemark in Anspruch genommen? Darauf haben die Schreiber des Conferenzpräsidenten von Auerwald selbst geantwortet, und wenn Sie Ihr Herz fragen und nicht nur Ihre Logik, so werden diese Antworten Ihnen bestätigt werden. Preußen hatte große Opfer, sehr aner kennungsw erthe Opfer gemacht. Es hatte unter großen Schwierigkeiten und Bedrängnissen die Verhandlungen fortgeführt, und nun sollte man Preußen, welches mit dem Begehren eines Vertrauensvotums sich an die Centralgewalt wandte, abweisen? Ich möchte den Minister sehen, der die Verantwortlichkeit einer solchen Handlung übernommen hätte; ich wüßte nicht, meine Herren, womit Preußen sich das Vertrauen Deutschland's verschert haben sollte, weder im Frieden, noch im Kriege. (Einige Stimmen rechts: Bravo! Links Zischen.) Und ein solches Mißtrauensvotum sollte der Reichsverweser, oder das Ministerium geben? Das konnte nicht geschehen. — Und wenn Sie in der Lage gewesen wären, Sie hätten es nicht gethan, nicht ein Einziger unter Ihnen. Man hat dem Ministerium vorgeworfen, daß es nicht ausdrücklich die Ratification sich vorbehalten habe, das Genehmigungsrecht der Centralgewalt, das Einverständnißrecht der Nationalversammlung. Meine Herren! Ich glaube, diese beiden Vorwürfe sind wahrlich ebenso unbegründet. Ich habe mich schon beehrt, es Ihnen zu sagen, auf die Grundlage von Bellevue und auf das Festhalten der Bedingungen der Vollmacht; da war das Ministerium bereit, seine Verantwortlichkeit zu engagiren. Es wäre vor Sie getreten und hätte gesagt: Der Vorbehalt der Ratification führt so große Mißstände mit sich, daß die Unterhandlungen unmöglich zum Ziele führen können; es konnte sich nur fragen, ob es nicht lieber seine Verantwortlichkeit engagiren wolle, als den durchaus nothwen-



digen Waffenstillstand aufzugeben? Ich weiß, meine Herren, oder ich glaube, es zu wissen; wäre der Waffenstillstand auf den Grund der Vollmacht abgeschlossen worden, Sie hätten die Indemnitätsbill ertheilt. Dann, meine Herren, sagt man: Warum habt ihr euch das Einverständniß mit der Nationalversammlung nicht ausdrücklich vorbehalten? und da sage ich, meine Herren, ist die Antwort ganz dieselbe. Es bedurfte dessen nicht, weil, wenn so, wie bevollmächtigt worden, abgeschlossen wurde, das Einverständniß durch die Indemnitätsbill vollkommen gewahrt war. Ein fernerer Vorwurf bestand darin: Warum bringt ihr den Waffenstillstand vor die Versammlung, warum habt ihr nicht selbst den Muth, ihn anzunehmen, oder zu verwerfen? — Verwerfen, meine Herren, wollten wir ihn nicht, aus höheren Gründen, wiewohl wir Manches im Waffenstillstand nicht billigten, und in welchem Maaße und in welcher Art und Weise wir unsere Mißbilligung darüber ausgesprochen haben, darüber finden Sie Belege in den gedruckten Actenstücken und in den Schreiben des Herrn Camphausen und des Consequenzpräsidenten v. Auerswald. Also verwerfen wollten wir ihn nicht aus Rücksicht für das höhere Wohl Deutschlands; annehmen konnten wir ihn ebenso wenig, weil er in der Art, wie wir es bedingten, nicht abgeschlossen war. Und die Stimmung, die sich in diesem Hause kund gegeben hat; die Stimmung, welche sich darüber in zahlreichen Adressen ausgesprochen hat, ist gewiß der beste Rechtfertigungsgrund, daß wir uns zu dieser Genehmigung niemals hätten verstehen können. Endlich der letzte Vorwurf, von dem wir gehört, besteht darin: Warum habt ihr eine Cabinetsfrage aus der Sache gemacht? Man hat gefragt: Warum habt ihr dieß nicht erst gethan in Beziehung auf die Hauptfrage, sondern schon in Bezug auf den Antrag der Sistirung des Rückmarsches der Truppen? Erlauben Sie mir, in wenigen Worten darauf zu antworten. In Beziehung auf diese Hauptfrage sollten wir diese nicht zur Cabinetsfrage machen, wir sollten, wie man sagte, unser Veto interponiren. Wer das sagte, hat nicht bedacht, was für eine Bedeutung, welche Folgen und was für eine Gefahr in der Geltendmachung eines Veto liegen. Sehen Sie hinüber nach England, sehen Sie nach Frankreich unter der Julimonarchie. In England besteht das constitutionelle Recht des Veto, es ist in seiner Verfassung geschrieben; aber seit



mehr als 150 Jahren hat die Regierung nicht einmal gewagt, es geltend zu machen. Ebenso hat im ganzen Laufe der Julidynastie die Regierung nicht einmal Gebrauch davon gemacht, und doch steht das Veto in der Verfassung von 1830 geschrieben. Und eine Regierung, die eben erst ins Leben tritt, die erst Wurzel fassen soll, diese soll ein Veto geltend machen, ein Veto, welches nicht einmal in ihren Gesetzen geschrieben steht? Das konnten Sie weder mit Recht, noch der Billigkeit nach dem Ministerium zumuthen. Dieses mußte die Frage über Annahme oder Verwerfung des Waffenstillstandes in der Sachlage, wie ich sie Ihnen bereits geschildert habe, unbedingt der Nationalversammlung anheimstellen. Nun noch das, meine Herren; man muß wohl unterscheiden. Wir wollen einmal setzen, das Ministerium wäre verpflichtet gewesen, ein Veto dennoch geltend zu machen, was in seinen Gesetzen selbst unerfindlich ist, so glaube ich, daß diese Annahme auf einem logischen Fehler beruht; es kann dieß wohl geschehen in Betreff einer Sache, welche nicht von der Regierung ausgeht, da, wo sie nicht die Initiative ergriffen hat. Aber sie hat sie ja ergriffen, sie hat ja Preußen zum Waffenstillstand ermächtigt; da war es also nicht an ihr, das Veto geltend zu machen, denn das wäre ein Widerspruch mit der Initiative gewesen. Um nun noch zuletzt mich bei dem Punkte aufzuhalten, welcher die Sistirung des Rückmarsches betrifft, so sagt man: Das hättet ihr nicht thun, ihr hättet warten sollen, wie die Versammlung sich darüber ausdrücke; beschloß sie die Sistirung, dann müßtet ihr sagen, daß sie nur in Uebereinstimmung mit der Regierung gültig ist, und diese interponirt ihr Veto. Aber ist das der Ernst Derjenigen, die das sagen? Haben sie nicht bedacht, daß wir dann erst die Verantwortlichkeit der Nichtausführung dieses Beschlusses auf uns genommen hätten? Haben nicht Einige von Ihnen uns sogar zwingen wollen, diesen Befehl auszuführen, der uns im Innersten widerstrebte, deßhalb, weil wir ihn als anticipirten Bruch des Waffenstillstandes betrachten mußten; haben sie nicht bedacht, daß wir erst dann die Verantwortlichkeit dafür übernommen haben würden? Und in dieser Stimmung der Versammlung, bei dieser Stimmung der Nation, bei dieser Aufregung der Herzogthümer, bei der uns selbst ersichtlichen Mangelhaftig-



keit des Waffenstillstandes in manchen Punkten sollten wir ein solches Veto geltend machen gegen die überwiegende Mehrheit dieser Versammlung? Das kann uns nicht im Ernste zugemuthet werden! Ich verlasse diesen Gegenstand und komme nun zum Waffenstillstande selbst. (Unruhe.) Es wird mir wohl gestattet sein, daß ich die wesentlichsten Bestimmungen dieses Waffenstillstandes, soweit es darauf ankommt, in der Kürze nochmals bespreche. Ich habe hier das französische Exemplar desselben, auch schon deshalb, weil es allein das authentische ist. Da heißt es denn im Anfange: „Sa Majesté le Roi de Prusse, agissant en Son nom ainsi qu'au nom et de la part de la Confédération Germanique.“ — Ich habe schon gesagt, warum das Reichsministerium sich ebensowenig, als Sie, damit zufriedenstellen konnte, daß Preußen in seinem und des deutschen Bundes Namen contrahirte, weil wir gerade sagten, Preußen ist hier immer nur als Glied der Gesamtheit aufgetreten, und hatte auch nur ein Recht dazu, als solches zu verhandeln, und nur die Centralgewalt hat es beauftragt, in ihrem Namen abzuschließen. Andererseits läßt sich aber gar nicht leugnen, daß für Preußen allerdings moralische Rechtfertigungsgründe vorhanden sind. Preußen mußte suchen, zum Ziele zu kommen, und wenn Deutschland eigensinnig war, so konnte es selbst eintreten und sagen: Ich zeichne in meinem Namen und gebe dadurch die Garantie der Erfüllung und Perfectionirung. Ebensowenig glaube ich aber auch, daß Preußen in schlimmer Absicht, um die Centralgewalt herabzusetzen, abgeschlossen hat im Namen des deutschen Bundes. Ich glaube das nie und nimmermehr. In dem ersten Artikel nun tritt die ganze neue und unerwartete Bestimmung entgegen, daß auf sieben Monate abgeschlossen worden ist. Ja, es ist wahr, die Centralgewalt hat nie eine Ahnung davon gehabt, und konnte sie nicht haben der Natur der Sachlage nach, und sie wurde daher beim ersten Anblicke von diesem Abschlusse aufs Aeußerste und Schmerzlichste überrascht. Aber auch Preußen, das ist meine Ansicht, muß von dem Antrage einer siebenmonatlichen Dauer des Waffenstillstandes überrascht worden sein, wenn es auch glaubte, darauf eingehen zu müssen. (Gelächter auf der Linken.) Ja, ich kann das sagen, ich kann meine Ueberzeugung aussprechen, sagen Sie nachher die Ihrige. Ich habe viel von diesen sieben Monaten reden hören, und es ist mir



folgender Aufschluß darüber zugekommen, den ich für sehr wahrscheinlich halte. Sie werden in den diplomatischen Actenstücken, ich weiß nicht gleich die Stelle, finden, daß Schweden es war, welches diese sieben Monate zur *conditio sine qua non* machte, und Schweden war damals schon eine Macht, welche man nicht mehr als eine feindselige betrachten konnte, welche es gewissermaßen bereute, daß sie so große Verpflichtungen gegen Dänemark in seinem Kampfe gegen Deutschland übernommen hatte; es mußte daher auch seinen Wünschen Rechnung getragen werden. Man hat nun gefragt: Was bewog Schweden zu jener Forderung? Schweden mußte sich sagen: Wenn der Waffenstillstand auf kürzere Zeit geschlossen wird, so muß ich meine Truppen zusammenhalten; aber bei der Gefahr der Cholera muß ich wünschen, dieselben dislociren zu können. — Im Uebrigen wissen Sie, meine Herren, schon aus verschiedenen Schriften darüber, daß diese Frist ebensowohl Vortheile, als Nachtheile gewährt, und Jeder, der ernst darüber nachdenkt, muß sich Dasselbe sagen; und besonders den Herren, ich glaube, sie sind meist die aus dem Süden, welche sich einbilden, daß es eine gewöhnliche und ganz leichte Sache sei, mit einer Armee einen Winterfeldzug über den Belt zu machen; Denen muß ich sagen, daß sie sich gewaltig irren. Den zweiten Artikel betreffend, so heißt es hier in ganz vortheilhafter Weise für Deutschland, daß bei Wiedereröffnung der Feindseligkeiten die Truppen wieder in die Stellung eintreten sollen, wie bei dem Abschlusse des Waffenstillstandes, und das in dem Augenblicke, wo im Gegensatze gegen die ersten Malmders Bedingungen ganz Schleswig von den feindseligen Truppen gesäubert war. Bei dem dritten Artikel will ich nur bemerken, daß die Aufhebung der Blockade auf die Zeit der Auswechslung der Ratification gesetzt ist, und ich bitte nur bei diesem Anlaß diejenigen Herren, die allerdings wohlgemeinte, aber nicht recht überlegte Anträge gemacht haben, und welche die Aufhebung des Waffenstillstands im Munde führen, zu berücksichtigen, daß die Aufhebung der Blockade von Dänemark ja schon erfüllt ist, erfüllt ohne Zuthun des Reichsministeriums. Im fünften Artikel habe ich nur zu bemerken, daß auch sämtliche Schiffe mit ihren Ladungen vor Ablauf von 12 Tagen zurückzugeben seien, so daß Sie also auch schon in dieser Beziehung die Ausführung



in Rechnung bringen, und mit Ihrem Antrage verbinden müssen. Auch hier hat man eine Unbilligkeit darin finden wollen, daß man sich zu einer Vergütung für die Requisitionen in Jütland verstand; ich finde sie nicht, übrigens ist es höchstens ein Gegensatz von ein paarmal hundert Tausend Thalern, der Gegenstand ist ja die Herausgabe sämmtlicher weggenommenen Fahrzeuge und ihrer Ladungen, und dies ist kein Einwand, der trifft. Viel wichtiger ist die Bestimmung des Art. VI, wo es heißt, daß die beiden Herzogthümer mit den Inseln von den dänischen und deutschen Truppen in zwölf Tagen, nachdem der Befehl den Oberbefehlshabern zugekommen, geräumt werden sollen. Sie wissen, daß sich darauf, meine Herren, Ihr interimistischer Beschluß über die Sistirung bezieht, und die Fassung dieses Artikels rechtfertigt es allerdings, wenn das Reichsministerium sich diesem Beschlusse unbedingt widersetzen zu müssen glaubte, und sich ihm unbedingt widersetzte, weil es eine anticipirte Verwerfung des ganzen Waffenstillstandes ist. Nun findet sich ein Artikel, den man sehr mißverstanden hat, daß nämlich die schleswig'schen Truppen in abgesonderten Detaschements in Schleswig stationirt werden sollen. Sie werden aber in der diplomatischen Correspondenz darüber die gehörige Auskunft finden, und sich sagen müssen, daß kein Beschwerdegrund hier mehr vorliegt, daß im Gegentheile dieselbe zum Vortheile Deutschlands von Preußen ermittelt worden ist. Früher hieß es ja in dem Projecte: Es sollten die schleswig'schen Cadres aufgestellt werden. Unter diesen schleswig'schen Cadres verstand man aber dänischer Seits, nach angestellten Untersuchungen, diejenigen Schleswiger, welche die dänische Regierung unter ihre Truppen auf Alsen gesteckt hatte, und welche damals gegen die dänischen Herzogthümer kochten, und darum hat man die Bestimmung getroffen, daß nur diejenigen Schleswiger in abgesonderten Detaschements dort bleiben sollen, welche bisher in den Herzogthümern gekochten haben; also die deutschen Theile, nicht die dänisch-gefinnten schleswig'schen Truppen, die mehr oder weniger in den Dienst Dänemarks getreten waren. Nun, meine Herren, hat man sich darüber gewaltig beschwert, und gesagt: Aber diese Absonderung der schleswig'schen von den holstein'schen Truppen ist ja die Einleitung der gänzlichen Trennung der Herzogthümer! — Nein,



meine Herren, ich behaupte, daß das ungegründet ist, ganz abgesehen von der daran geknüpften Uebertreibung. Aber das müssen Sie sich sagen, daß man bei Abschließung eines Waffenstillstandes nicht alle einzelnen Wünsche und Begehren erfüllen kann, sondern man muß auch den Wünschen und der Empfindlichkeit Rechnung Anderer tragen. Dänemark mußte ja die Sache so ansehen, und die Mächte, welche nicht die unbedingt verpflichtende Natur des Vorparlaments anerkennen, sagten mit Dänemark: Vermöge der garantirten Artikel der älteren Verträge gehört Schleswig zu Dänemark, und wenn es nicht zu Dänemark gehört, so gehört es vorläufig doch nicht zu Deutschland. Nun konnte aber doch bei dem Waffenstillstande, der Alles im status quo lassen soll, der Krone Dänemark nicht zugemuthet werden, daß sie ihre eigenen Truppen ihrem eigenen Befehle entziehen ließe, und diese zusammen blieben unter dem deutschen Oberbefehl. Das ginge doch nicht; das konnte Dänemark doch nicht zugeben, daß die unter deutschen Oberbefehlen vereinigten Truppen zu dem eventuellen Gebrauche gegen Dänemark selbst zusammenblieben. Das konnte Dänemark wirklich nicht einräumen. Daher hat man nun eine Auskunst getroffen, und die Truppen getheilt und von einander abgetrennt. Militärische Männer sagen, das sie darin keine nachtheiligen Folgen erkennen, und unser Minister des Kriegs hat mir gesagt, daß es höchstens 1500 bis 2000 Schleswiger seien, die auf diese Art unter den Befehlen der interimistischen Regierung stehen würden, und da wir wissen, daß diese im deutschen Sinne errichtet werden soll, so kann uns dieß keine Besorgniß einflößen. Keineswegs ist die eventuelle Befugniß der interimistischen collectiven Verwaltung, diese Truppen aufzulösen, eine gegen Deutschland feindselige Maßregel, wie man auch gesagt hat, als wenn man die schleswig'sche Armee annihiliren wolle. Sie haben ja gehört, daß darüber der erste Theil die Befugniß gibt, sie in ihre Heimath zu entlassen, also man eine arriére pensée nicht vermuthen darf. Ganz vortheilhaft ist die Bestimmung in Bezug auf die holstein'schen Truppen; denn während es früher bei Malmd hieß, daß sie verringert werden sollen, heißt es jetzt, daß die gesammte actuelle Zahl beibehalten werden soll. Und diese holstein'schen Truppen, die ja durchaus nicht verringert werden dürfen, außer nach eingeholter Erlaubniß des Ober-



Befehlshabers, stehen ja wiederum unter dem Befehle der internationalistischen Regierung. Aber auch hier dürfen Sie nicht übersehen, wie nothwendig es ist, daß der Separat-Artikel damit vereinigt werden muß. Und hier ist die Bestimmung getroffen, aber nur in schonender Form für Dänemark; in Beziehung auf die Disciplin, sind sie unter deutschen Oberbefehl gestellt. Man hat nur von Dänemark das Zugeständniß nicht ausdrücklich verlangen wollen. Sie werden aber sagen müssen, um dies noch zu erwähnen, daß allerdings nach dem Wortlaute dieser Artikel VI wesentliche Abweichungen von dem Vertrage von Bellevue enthält, nominell mehr als reell, ich sage nominell mehr als reell. Sie sind aber nicht gewichtig als nominelle, wären sie aber reelle, so wären sie nicht unwesentlich. Ich gehe zum Art. VII über, welcher der wichtigste ist. Dort heißt es: „Die beiden contrahirenden Theile sind übereingekommen, für die Dauer des Waffenstillstandes eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer einzusetzen, welche ihre Amtshandlungen im Namen des Königs von Dänemark ausüben wird, mit Ausnahme der gesetzgebenden Gewalt, die während der Dauer des Waffenstillstandes ruht.“ — Ja, das ist eine Bedingung, die großen Anstand gegeben hat, und Sie können glauben, daß sie auch von uns nicht als willkommen aufgenommen worden ist. Auch uns war sie nicht willkommen. Aber auch hier fragt es sich wieder um Das, was billig sei, und man muß es sich sagen, was hier eintrat: die Bestimmung, daß der Waffenstillstand auf sieben Monate ausgedehnt wurde, traf uns unerwartet. Die Bestimmung der Suspendirung der gesetzlichen Gewalt war nur auf drei Monate berechnet, und man hat sie wahrscheinlich nicht aus Missetzung, sondern aus Uebersehen auf ganze sieben Monate fortgehen lassen. Uebrigens bezieht sich ja die Suspendirung den Worten nach zunächst nur auf die legislative Befugniß des Königs von Dänemark als Herzogs von Holstein. Was die beiden Mitglieder anbetrifft, die der König von Dänemark, und die Weiden, die der König von Preußen ernennen soll, und sodann das fünfte Mitglied, zu dem sie sich gemeinschaftlich vereinbaren sollen, so ist Ihnen bekannt, daß auch darüber ein Separatartikel besteht; es sind nämlich auch da die Personen zum Voraus benannt. Nun ist der Graf v. Moltke, der gerechterweise große Unzufriedenheit bei der Krone Preu-



ßen, sowie auch bei dem Reichsministerium erregt hat, benannt worden, obwohl er sich auf keiner der eingereichten Listen befunden hat; aber wir haben trotzdem nie daran gedacht, daß es dazu kommen werde, daß er die Regierung übernehmen werde, ich sage also mit andern Worten, statt, daß je von beiden Seiten die Personen ernannt würden, und zwar sogar mit Hinzufügung ihrer Stellvertreter, sind sie zum Voraus vereinbart worden. Ich habe mich sorgfältig bei den schleswig-holstein'schen Mitgliedern erkundigt, und sie haben mir gesagt, gegen die deutsche Gesinnung der vier andern Mitglieder sei nichts Wesentliches zu erinnern, und da Graf Moltke weggefallen ist, so wird die deutsche Gesinnung der interimistischen Regierung nicht ferner zu bezweifeln sein. Man hat ferner die Regierungsmitglieder ausgeschlossen, sowohl die, welche vor dem 17. März in Function waren, als die, welche seitdem darin standen. — Sie werden eine große Deutlichkeit in dieser Bestimmung finden; es ist ausdrücklich begehrt worden, daß der Charakter der ausgetretenen Personen verzeichnet werde; es sollten nämlich nur Solche ausgeschlossen sein, welche Mitglieder der provisorischen Regierung vor und nach dem 17. März waren; durch diese Bestimmung haben wir der Mißdeutung vorbeugen wollen, als dürften die von der provisorischen Regierung ernannten Beamten auf irgend welche Weise abgesetzt werden; es ist ausdrücklich erklärt, daß dieß nicht geschehen dürfe. Allerdings ist nun eine andere Abweichung von den Bestimmungen von Bellevue und von unsern Zusätzen in diesem Paragraphen zu finden; denn wir haben gesagt, es ist zu regieren nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen, und wir hatten hinzugefügt, unter diesen sind nothwendigerweise zu verstehen alle bis dahin erlassenen Gesetze und Verordnungen, um alle darunter zu begreifen, welche die provisorische Regierung erlassen hatte. Nun ist ganz gewiß für das Reichsministerium nothwendig gewesen, diese ausdrückliche Bedingung zu stellen, denn wir wissen es, daß an vielen Stellen, und Herr v. Gagern hat es bereits auf seiner Reise über Berlin wieder erfahren, ehe er noch den Ort der Verhandlungen erreichte, die dänische Interpretation sich findet; es ist aber schon früher in den diplomatischen Actenstücken angedeutet, daß die dänische Regierung unter diesen lois und ordonnances, die bestehen sollten, nur die-



jenigen der dänischen Regierung verstand; es mußte also ganz gewiß diesem vorgebeugt werden. Und nun noch Eines der Kürze wegen, — ein Rechtfertigungsgrund für das befolgte Verfahren des Reichsministeriums. Gesezt, und die Gefahr wäre eine nicht geringe, es wäre dennoch nicht gelungen, eine provisorische Administration im deutschen Sinne zu bilden, dann wäre ja die äußerste Gefahr für die Interpretation dieses Sazes gewesen, wir mußten die Herzogthümer schützen gegen Mißbräuche für den Fall, daß die provisorische Regierung überwiegend in dänischem Sinne gebildet worden wäre. Ich glaube, meine Herren, daß ich unter diesem Artikel Alles gesagt habe; jedoch bitte ich, noch wohl mit diesem Art. VII die Stelle in dem betreffenden Separatartikel zu verbinden. Es ist auch hier, wiewohl scheinbar Preußen auf den ersten Anblick ein Vorwurf trifft, keine so wesentlich abweichende Meinung von den Bedingungen von Bellevue und den Vorschriften der Centralgewalt. Es ist darin dem Wesen der Dinge nach das Genügende geschehen, nämlich, weil nun der Streit entstand, und Dänemark zugemuthet wurde, es solle ausdrücklich alle Erlasse der provisorischen Regierung anerkennen, und Dänemark dieß mit seinem Ehrgefühl nicht vereinigen konnte, so stellte man einen so allgemeinen Satz, wie in Art. VII; allein man fügte einen Separat-Artikel hinzu, nämlich die sonst ganz ungewöhnliche Befugniß der Collectivadministration, welche alle diejenigen Verwaltungsmaßregeln wieder herzustellen hätte, welche ihr nothwendig und nützlich erschienen, wie es im französischen Context heißt; und im Separat-Artikel ist ausdrücklich gesagt: „Unverzüglich, sobald es geschehen kann, soll die interimistische Regierung ein Verzeichniß dieser wieder aufzuhebenden Gesetze vorlegen.“ Die Commissäre, welche in officiöser Weise die Vollziehung des Waffenstillstandes und die unparteiische Verwaltung überwachen sollen, sind gewiß von dem besten Geiste der Unparteilichkeit beseelt. Bei dem Art. IX über Rauenburg werde ich wohl erinnern müssen, wie er früher formulirt war. Im ersten Malmöer Project heißt es unbedingt und schlechthin: Rauenburg kehrt in den status quo ante zurück; in dem zweiten von Bellevue heißt es: Der König von Preußen wird seinen Einfluß verwenden, um die Herstellung dieses status quo ante herbeizuführen. Darüber ist von dem Reichsministerium gar keine Bemerkung gemacht; aber ich glaube,



daß Herr Camphausen im Irrthum ist, wenn er in seiner Deduction sagt: Indem ihr keine Bemerkung zu diesem Verlangen freundschaftlicher Verwendung machtet, stelltet ihr gewissermaßen mit Sicherheit das Gelingen dieser bona officia in Aussicht. — Nein, meine Herren, man ist nicht berechtigt, soweit zu schließen; wir konnten gern zugeben, daß Preußen sich verpflichtete, seine bona officia geltend zu machen; übrigens habe ich in Beziehung auf Lauenburg's Verwaltung schon in dieser das Nöthige gesagt, und möchte es hier nicht wiederholen. Ein wesentlicher Artikel ist natürlich der Art. XI, wo es ausdrücklich heißt, daß alle Stipulationen dieses Waffenstillstandes in keiner Weise den Bedingungen des definitiven Friedens präjudicirlich werden sollen. Die Ratification innerhalb acht Tagen ist Ihnen gleichfalls bekannt; diese Bestimmung lag außerhalb der Macht des Reichs-Ministeriums, zu der aber Preußen ganz gewiß hinreichend moralisches Motiv für sich hat. Aus diesen Erläuterungen der Bedingungen des Waffenstillstandes muß es Ihnen bereits klar geworden sein, daß das Ministerium sich für die Annahme des Waffenstillstandes, natürlich unter Modificationen, die bis jetzt eingetreten sind, und nothwendig eintreten, erklären mußte. Die relativen Vortheile dieses Waffenstillstandes sind ganz unbestreitbar. Man muß sie stets mit den Zwecken des Kriegs einerseits, und den Nachtheilen der Verwerfung des Waffenstillstands andererseits vergleichen, und insofern wird man immer von relativen Vortheilen sprechen können. Was den Zweck des Kriegs betrifft, so war er die Zurückweisung der dänischen Annäherung und die Wahrung der hochwichtigen Verfassungsrechte der Herzogthümer. Diese sind auch vollkommen gewahrt, und in Schriften ist genügend dargethan worden, daß die Pflege des deutschen Elements auch während des Waffenstillstandes bei Weitem die überwiegende Sorgfalt und Berücksichtigung in dem Waffenstillstande gefunden hat, und der factische Zustand, der nothwendig eintreten muß, daß Schleswig mit einem Male zu Deutschland gehören solle, war nicht der ausgesprochene Zweck des Kriegs. Preußen hat es wenigstens nie so verstanden, und der deutsche Bund ebensowenig. Erwägen Sie nun aber nur oberflächlich die Nachtheile der Verwerfung des Waffenstillstands, in erster Linie steht nothwendig ein Bruch mit Preußen. Preußen hat in seinem



Namen contrahirt, es hat seine Ehre für diesen Waffenstillstand verpfändet, und es ist auch die erste Macht gewesen, die auf die Erinnerung des Reichsministeriums und durch Vermittelung des Herrn Camphausen Sorge dafür getragen hat, Modificationen eintreten zu lassen. Wird nun der Waffenstillstand verworfen, so ist keine Frage, daß die Ehre Preußens tief gekränkt, und seine ganze völkerrechtliche Stellung den fremden Mächten gegenüber unbedingt eine unhaltbare geworden ist. (Unruhe und Widerspruch.) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, versichere aber, daß ich mich möglichst kurz zu fassen suchen werde. Es muß Ihnen, wenn Sie der diplomatischen Correspondenz einige Aufmerksamkeit geschenkt haben, klar geworden sein, daß eine Grundansicht bei den Mächten prävalirte, nämlich die, daß Preußen virtuell abgeschlossen habe auf die Grundlage des ersten Projects von Malmö. Das ist das Unglückselige bei dieser Sache, und das ist die Thatsache, die ewig zu bedauern ist, daß sie stattfand; eine Thatsache aber, an deren Zustandekommen die Centralgewalt vollkommen unschuldig ist, welche Letzteres Sie einsehen müssen, wenn Sie bedenken, daß der Abschluß schon am 2. Juli stattfand. Preußen hat der Centralgewalt gegenüber niemals unbedingt erklärt, es habe wirklich das erste Mal in Malmö abgeschlossen; aber alle diplomatischen Depeschen in der stattgehabten Correspondenz, sowohl die englischen, als die schwedischen und dänischen Circularenoten sagen gleichmäßig: „Preußen hat virtuell angenommen, und das von Preußen Geschehene muß festgehalten werden, es ist seine moralische Verpflichtung.“ Preußen, wiederhole ich, hat jenes nie gegen uns unbedingt ausgesprochen; allein es läßt sich nicht verkennen, daß Preußen seine Ehre engagirt gefunden hat. Es hat sich sagen müssen, und es betrachten es alle fremden Mächte so: Da ich zu dem ersten Project von Malmö moralisch verpflichtet bin, dann muß ich auch den Abschluß wo möglich zu Stande bringen, um jedem völkerrechtlichen Vorwurfe auszuweichen. Erwägen Sie auch die Schwierigkeiten, in welchen Preußen sich jenen Mächten gegenüber befand, und Sie werden sich sagen müssen, daß Preußen, da es im eigenen Namen nach Lage der Dinge abschließen mußte, durch die Verwerfung des Waffenstillstandes auf das Tiefste, und ich fürchte, auf das Unwiederbringlichste verletzt sein mußte, besonders, da es hierbei nie sein eigenes Interesse, sondern nur das von Deutschland



im Auge hatte. Eine weitere Gefahr der Verwerfung ist aber die Gefährdung aller Resultate unserer Revolution; denn die Entfremdung von Preußen führt nothwendig zu Entzweiung, oder es besteht wenigstens die große Gefahr, daß es Deutschland mit Entzweiung und Zerrissenheit droht. Jedenfalls ist dieß gewiß auch eine Betrachtung, die sie zur Annahme des Waffenstillstandes bewegen wird. Ferner bedenken Sie aber auch ernstlich, was es heißt, einen solchen Schritt zu thun. Den Krieg müssen Sie ja führen, wenn Sie den Waffenstillstand verwerfen, oder ihr Beschluß hat keine Bedeutung. Erwägen Sie, was die Fortführung eines solchen Krieges heißt, eines Krieges gegen Dänemark, und mehr oder weniger mit anderen Mächten, und vielleicht auch gegen Preußen; Preußen sage ich, an das sich wahrscheinlich ganz Norddeutschland anschließen würde. (Oh! Oh!) Das ist meine Meinung, und meine Bitte ist bloß die, daß Sie die Sache nicht auf eine so gefährliche Spitze treiben möchten. Was ein Krieg, den Sie ohne Preußen zu führen hätten, für eine Bedeutung haben würde, können Sie sich selbst sagen. In Oesterreich war der fragliche Krieg von jeher unpopulär. (Widerspruch.) Wenn Sie Nein sagen, so sagen Sie es hier von dieser Tribüne. In Oesterreich war dieser Krieg von jeher unpopulär, und von dort können Sie nicht auf einen Mann rechnen. Blicken Sie ferner auf Böhmen, und sagen Sie sich, ob sie etwa dort Truppen haben können, oder ob Ihnen von Norddeutschland welche zufließen werden, und ich frage Herrn Simon, wo er dann seine anderthalb Millionen Soldaten zur Fortführung des Krieges finden will. Diese Gefahr und die Mißstände nach Außen sind nicht weniger groß, und nicht weniger werth, daß man sie ernstlich ins Auge fasse. Ich habe mehr als einmal gesagt, und Preußen hat es in seinen verschiedenen Instructionen und Erläuterungsschriften auch gesagt, wie sehr alle Mächte die Seite Dänemark's gegen uns ergriffen haben. Ich erlaube mir daher nur noch einen geschichtlichen Ueberblick, um Ihnen den feindseligen Einfluß der Mächte zu vergegenwärtigen. Am 18. April, also sehr bald nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Schleswig-Holstein, remonstrirte England; am 30. April intervenirte Rußland in Kopenhagen; am 9. Mai erklärte Schweden, es werde gegen die Deutschen einschreiten, wenn ein Angriff auf das eigentlich



dänische Land stattfindet, und am 9. August erschien die Protestation Frankreich's sowohl hier, als in Berlin. Nun wurde gesagt, das Ministerium habe wenig Bewußtsein von der Würde und Ehre Deutschland's an den Tag gelegt, indem es so willfährig und leichtgläubig fremder Vermittelung nachgab. Diejenigen, die dies sagen, sagen Etwas, was sie nicht wissen. Meine Herren! Ich stehe hier im Bewußtsein, daß das Reichsministerium und ich besonders, der ich die auswärtigen Verhältnisse Deutschland's zu wahren die hohe Ehre hatte, nie und nimmermehr etwas vergeben habe. Es gibt einige höchst achtungswürdige Leute, auf die ich mich in dieser Hinsicht beziehen könnte. Es ist auch die Sache von der Bedeutung für das Reichsministerium, und für meine eigene Stellung, daß ich jene Personen lieber nennen will, denn man wird keine Indiscretion darin finden. Jene Personen sind: 1) der deutsche Gesandte in London, Syndicus Banks, 2) der englische Gesandte hier, Lord Cowley. Wenn diese hochgeachteten Männer befragt werden, so werden sie sagen müssen, sie seien Zeugen von dem Kampfe gewesen, den ich mit mir selbst gefochten habe. Ich habe niemals den Drohungen nachgegeben, im Gegentheil meine ernste Mahnung an Herrn Banks, wie er nach London ging, war, immer eingedenk zu sein der Ehre und Würde Deutschland's, und wenn drohende Aeußerungen sich vernehmen ließen, so habe ich den Lord Cowley gebeten, dafür zu sorgen, daß man sich keiner drohenden Aeußerungen bediene, weil sie beim Ministerium, und insbesondere bei mir, den entgegengesetzten Erfolg haben würden, als den man erwartete. Die Note von Frankreich, die Sie kennen, war nicht in einem freundlichen Ton erlassen, und wimmelte von factischen Irrthümern. Was habe ich gethan? Ich habe Herrn Savoye gesagt, und halte ihn für einen Ehrenmann, daß er es bezeugen muß: In Ihrer Note befinden sich die und die Irrthümer, und als ich ihm sie auseinandersetzte, bat er mich, dieselben, da die Sache so verwickelt sei, schriftlich aufzuzeichnen. Die Frucht dieses Begehrens von Herrn Savoye war das französische Memoire, welches Sie auch unter den Actenstücken finden. Ich habe Herrn Savoye gesagt, daß ich die Note als non avenue betrachte, und keine officielle Antwort darauf geben würde, weil diese Antwort einen Beigeschmack der herben Empfindung gehabt hätte.



Das Reichsministerium und ich haben uns niemals durch übertriebene Gedanken von fremdem Kieg einschüchtern lassen, wiewohl Mehrere unter Ihnen diese Gefahr unterschätzt haben. Die fremden Mächte betrachten die Sache einmal so, daß sie eine Garantie dafür gegeben haben, daß Schleswig bei Dänemark bleibe. Der dänische Gesandte hat in letzterer Zeit in Paris und London auf Grundlage dieser Garantie die Hilfe dieser Mächte nachgesucht. Frankreich hat sie zugesagt; England hat die Antwort ausgesetzt, in der Hoffnung, daß ein Waffenstillstand zu Stande komme; Schweden that Dasselbe, wenn auch mit Widerstreben, aber Schweden ist verbunden durch Verpflichtung gegen Dänemark, und Rußland hat vernünftig genug an der betreffenden Stelle erklären lassen, daß jede Ueberschreitung Jütlands ein *Casus belli* sei. Ich untersuche nicht, mit welchem Recht die Mächte dieses erklärt haben; aber die Gefahr eines Krieges, wenn solche Mächte eine solche Erklärung geben, werden Sie nicht wegstreiten können. Ich sage nochmals, und Herr Cowley wird es mir bezeugen, wo es sich um deutsches Recht handelt, gilt bei mir eine Drohung nichts; aber weit mehr, als äußere Gefahr, sowenig man sie wegleugnen kann, gilt bei mir die Berücksichtigung der Einheit Deutschland's und die Besorgniß der Gefährdung des ganzen Werkes, dem wir unsere Tage hier weihen. Bedenken Sie noch, ich beschwöre Sie darum, bedenken Sie, daß der Waffenstillstand kein Friede ist, bedenken Sie mit ruhiger, gelassener Besonnenheit, ob wirklich die Ehre Deutschlands von diesem Waffenstillstand verletzt ist. Die Bestimmungen, die unglücklich genannt werden müssen für die Herzogthümer, werden wegfallen, wir haben die Zusicherung des Herrn Camphausen. Erlauben Sie mir, Ihnen etwas zu verlesen, was heute die Börsenliste uns bringt: „Aus dem Altonaer Merkur. Gestern machte der General Wrangel bei seiner Reise durch Rendsburg den Mitgliedern der provisorischen Regierung einen Besuch, und theilte denselben die erfreuliche Nachricht mit, daß er die bestimmte Hoffnung zu hegen Veranlassung habe, es werde das dänische Gouvernement darein willigen, daß die Trennung unserer Truppen, in schleswig'sche und holstein'sche während des Waffenstillstandes wegfallende, und daß ferner der § 7 der Waffenstillstandsconvention dahin verändert werde, daß die von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze und



Verfügungen in Kraft erhalten würden, und es der neuen Regierung nur freistehe, einzelne Erlasse der provisorischen Regierung aufzuheben.“ — Auch das ist gewiß den preussischen Bemühungen zu verdanken. Sehen Sie, meine Herren, das ist eine sichere Aussicht auf die wesentlichen Modificationen, und das sind Modificationen, die gerade buchstäblich den Zustand herstellen würden, den das Reichsministerium als *conditio sine qua non* seiner Ermächtigung hingestellt hatte; denn es hatte begehrt die Aufrechthaltung der Erlasse der provisorischen Regierung, und die Untrennbarkeit der beiden Heere. Das gibt uns die Gewähr, daß alle Bestimmungen so modificirt werden, wie sie im Interesse der Herzogthümer liegen; aber die deutsche Ehre hat damit nichts zu thun, die Ehre geht nur dann verloren, wenn man klar anerkannte Rechte aufgibt; das hat Deutschland nicht gethan, es hat einen Waffenstillstand abgeschlossen, aus welchem ein Interimisticum ungünstig für Deutschland, aber noch ungünstiger für Dänemark hervorging. Ich begreife nicht, wie Deutschland's Ehre hier leiden könnte; aber weit mehr, als diese vermeintliche Ehre, denn auch ich stelle, wo es gilt, die Ehre über Alles, hat Deutschland und die Centralgewalt zu berücksichtigen, was ihre Stellung in Europa sein wird, wenn sie diesen Waffenstillstand nicht anerkennt, und ihn verwirft. In Betreff des Verhältnisses zu den fremden Mächten ist es noch lange nicht damit gethan, daß man sagt: Ich lasse mich durch Kriegsdrohungen nicht einschüchtern, und ich bin Mannes genug, mich mit der ganzen Welt herumzuschlagen. Das finde ich nicht angemessen für die Weisheit einer besonnenen Nation und Deutschland's; aber gesetzt, die Ehre forderte es, so ist eine andere Rücksicht zu nehmen; die Ehre erfordert es aber nicht. Es kommt nicht nur auf den Krieg an, es ist nicht genug, wie Einige, mit mehr oder minder Plausibilität, gesagt haben, ich glaube an diesen Krieg nicht; England ist ein alter Mürter von Deutschland, Schweden, Rußland und Frankreich wird sich bestinnen; aber abgesehen davon, ist es denn gleichgiltig, wie eine Nation in Europa dastehen mag, ist es haltbar, daß sie keine Rücksicht nimmt auf die Wünsche, die Begehren und die Forderungen der anderen Nationen? Denken Sie sich einen Privatmann, der in eine Gesellschaft neu eintritt, der nur seine Ansicht, seinen Willen geltend machen will, ist das ein guter Gesell-



schafter, dem man freundlich und gern entgegenkommt? (Unruhe in der Versammlung.) Nein, ebenso ist es in einer Staatsgesellschaft, in einem neuen Staat, wie das centrale Deutschland, welches überall mit feindseligen, neidischen und ungünstigen Blicken angesehen wird. Soll es, verzeihen Sie mir den Ausdruck, wie ein Don Quixotte Allen zusammen den Fehdehandschuh hinwerfen? (Rischen.) Das sind Ansichten, widerlegen Sie sie. Ich glaube, zum Schlusse Sie darauf hinweisen zu können, daß dieser Waffenstillstand so wenig die Ehre beeinträchtigt (eine Ehre, die nur verloren werden kann, wenn man auf das gute Recht verzichtet), daß bei allem Nachtheil, den er haben kann, er beiträgt, dieselbe Ehre aufrecht zu erhalten und zu verfechten; denn er gibt uns Gelegenheit, unsere Heere zu organisiren und der Centralgewalt zu unterwerfen, eine Flotte zu bauen, die Einigkeit herzustellen und das Ansehen nach Außen zu gewinnen, das wir mit großer Mühe erlangen müssen und nur erlangen können, wenn wir auch im Geiste der ganzen europäischen Völkergemeinschaft handeln. Ich möchte noch sagen: Es hat sich schon sehr leicht eine Regierung, weder die französische, noch die russische, noch die englische, die Mühe gegeben, diese subtile Rechtsfrage, welche zwischen Dänemark und uns schwebt, genau aufzufassen. Auch davon werden wir während sieben Monate friedlichen Verkehrs den Vortheil haben, den irrigen Ansichten entgegen zu treten, und die Mächte für uns zu gewinnen. Endlich komme ich zu einem andern Punkt. Man hat eine gewaltige Beschwerde erhoben über das künftige Schicksal der Herzogthümer. Herr Dahlmann, von dem ich es nicht erwartet hätte, hat sich mit großer Leidenschaftlichkeit darüber ausgelassen. Ich glaube nicht, daß die Worte seines Berichtes sich durch die Thatfache bestätigen. Herr Bassermann hat ihm schon gesagt: Wesentliche Modificationen sind schon erreicht worden, und werden noch erreicht werden. Die Prophezeiung und Zusage des Herrn Bassermann hat sich erfüllt, und erfüllt sich täglich mehr, und wenn es, meine Herren, wirklich nicht der Fall wäre, wie denn, wenn die Bestimmungen des Waffenstillstandes in mehr denn einer Beziehung unannehmbar und unausführbar in den Herzogthümern bliebe, wie denn, meine Herren, hat denn die Centralgewalt Deutschland's die Verpflichtung übernommen, sie mit Waffengewalt auszuführen? Nein, das hat



sie nicht. Wenn Dänemark einen Vertrag schließt, der eine Unmöglichkeit in sich schließt, so mag es selbst zusehen, wie es ihn ausführt, und Dänemark fühlt selbst, um Schleswig-Holstein nicht zu verlieren, daß es sich zu Concessionen herbeilassen muß. Die Adresse der Kieler ist gewiß von einem logisch denkenden Mann abgefaßt. Aber ich hätte diesem logisch denkenden Manne weniger Leidenschaft, und mehr staatsmännische Einsicht gewünscht. Meine Herren! Man kann Alles auf die Spitze stellen, und ich, der ich kein großer Dialektiker bin, wenn Sie mir einen solchen Satz geben, kann ich ihn auch umkehren und auf die Spitze stellen, aber damit ist noch nicht gesagt, daß er wahr ist. Daher, meine Herren, da solche Adressen einen großen Eindruck machen, so erlauben Sie mir, mehrere Punkte jener Adresse herauszuheben, und näher ins Auge zu fassen. Da heißt es: „Der Artikel VII enthält die allerreactionärsten Bestimmungen. Darnach sollen nämlich alle seit dem 17. März 1848 für die Herzogthümer erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsmaßregeln aufgehoben werden. Es ist aber von der provisorischen Regierung völlige Pressfreiheit, sowie das Recht der freien Vereine und Volksversammlungen eingeführt.“ Da will ich Ihnen nun sagen (Unruhe), es wird ja bei dieser so ganz unbedingt hingestellten Behauptung ganz und gar übersehen, daß die interimistische Verwaltung ausdrücklich ermächtigt und aufgefordert ist, ein Verzeichniß derjenigen Verordnungen anzulegen, die nothwendig und nützlich gehalten werden. Eine zweite Bemerkung heißt: „Da die deutsche Bundesversammlung die provisorische Regierung anerkennt, und einem von derselben ernannten Bevollmächtigten in ihrem Schooße Sitz und Stimme ertheilt hat, so sind dadurch die deutschen Staatsgewalten gebunden, die von der provisorischen Regierung erlassenen und von der Landesvertretung des schleswig-holstein'schen Volkes genehmigten Gesetze für giltig zu erkennen.“ Das ist, meine Herren, auch eine sehr übereilte Behauptung. Ich habe Ihnen aus Actenstücken vorgeführt, in welcher Weise und in welchem Maaße sich die provisorische Regierung constituirt hat, und in welchem Maaße sie anerkannt ist. In diesem Augenblick ist die provisorische Regierung gar nicht mehr nöthig. Sie mag nöthig sein, so lange eine interimistische eingesetzt ist, das gebe ich zu; aber sie hat sich selbst nur zur Wahrung der



Rechte der Herzogthümer constituirt, nur insofern ist sie anerkannt. Meine Herren! Mit welchem Rechte kann man sagen, daß auf Grund der Anerkennung der provisorischen Regierung in so beschränkter Weise Deutschland verpflichtet sei, alle ihre Gesetze und Verordnungen als gültig anzuerkennen? Nur in dem beschränkten Maaße hat sie sie anerkannt, und da der Herzog von Schleswig-Holstein, dessen Rechte vorbehalten würden, kein Theilnehmer an diesen Gesetzen gewesen ist, so ist es ein logischer Fehlschluß, wenn Deducent behauptet, daß Deutschland alle diese Gesetze aufrecht erhalten müsse. Eine dritte Bemerkung ist: „Die Annullirung der von der provisorischen Regierung erlassenen Anordnungen würde zu den bedenklichsten Folgen führen. Von derselben sind z. B. die Wahlen in Schleswig-Holstein für die deutsche Nationalversammlung angeordnet“ u. Mein, meine Herren, das sind lauter unhaltbare Subtilitäten. Die Gesetze, die in Schleswig-Holstein gegeben worden sind ohne Zuthun des Königs von Dänemark, sind im Grunde nicht einmal aufgehoben, wenn wir die Sache beim rechten Namen nennen und den Separatartikel berücksichtigen wollen. Aber welche Macht auf Erden könnte das Recht haben, die gesetzlichen Erlasse der deutschen Nationalversammlung zu invalidiren? Vermöge des Beschlusses der Nationalversammlung sitzen schleswig-holsteinische Deputirte hier, und darum werden sie hier bleiben, so lange die Nationalversammlung es will, und was sie mit votirt hat, und die Centralgewalt, welche die Vollmacht ausgestellt hat, kann nie angefochten werden. Eine vierte Bemerkung ist: „Will die neue Regierung die Restauration vollständig machen, so kann sie nicht bloß die große Zahl von Beamten absetzen, welche die provisorische Regierung angestellt hat, sondern auch die Anordnungen dieser Beamten, ja alle Beamten annulliren, von welchen die provisorische Regierung anerkannt ist.“ Nein, meine Herren, ich habe Ihnen das schon erklärt. Ganz ausdrücklich ist damals von Seiten des Reichsministeriums erklärt worden: „Wir wollen genau präcisirt haben, welche Beamte von den seit dem 17. März eingetretenen ausgeschlossen werden sollen, und dadurch haben wir ausdrücklich ausgesprochen, und mit gutem Glauben die Bestimmung aufrecht erhalten, daß die Absetzung der Beamten mit der eventuellen Aufhebung der Gesetze nie gerechtfertigt



werden könnte. Vom Grafen Moltke brauche ich Ihnen nichts zu sagen, er ist schon zurückgetreten mit der Connivenz Dänemarks. Ich habe schon gesagt, daß, wenn die Gesetzgebung während der Dauer des Waffenstillstandes liegen bleiben soll, daß dieses eine Nachlässigkeit und ein Lapsus der Contrahenten sei, weil sie die alte Fassung stehen ließen, und sie nicht nach Maßgabe des verlängerten Waffenstillstandes änderten. Aber wie gesagt, die Einleitung ist schon getroffen, und es wird das Nöthige geschehen. Weiter heißt es: „Oder wollte man selbst Holstein von den Satzungen der deutschen Gesetzgebung, und die holstein'schen Abgeordneten aus der Nationalversammlung ausschließen, oder gar den Grundsatz der Trennung Schleswig's von Holstein aussprechen.“ Das will kein Mensch, und kann Niemand außer Deutschland. Die Ansicht, die Trennung Schleswig's solle ausgesprochen sein durch die Trennung der Truppen, meine Herren, das ist ein Fehlschluß leidenschaftlicher Darstellung. Im Gegentheil, jedes Wort im Waffenstillstande geht von der großen Idee aus, daß eben eine Collectivverwaltung der Herzogthümer stattfinden solle, und darin ist ja die größte bisher nicht zu erreichen gewesene Concession Dänemarks zu suchen, aus jeder Pore, möchte ich sagen, blickt diese heraus. Ich bin nun gleich zu Ende, ich glaube aber nochmals einen Rückblick auf das Verfahren des Ministers, ja der gesamten Reichsminister werfen zu dürfen. Ich bin schon sehr lange gewesen, ich werde mich also bei diesem Kapitel um so kürzer fassen, zumal da unsere Person so sehr in den Hintergrund tritt im Vergleich zu den großen Angelegenheiten unseres Vaterlandes; aber das darf ich sagen, die Actenstücke des Ministeriums sind in Ihren Händen, lesen Sie sie, und wagen Sie es dann, ein Verdammungsurtheil über das Ministerium zu fällen. Meine Herren! Ich fordere Sie nicht auf, auf das Capitol zu gehen, und den Göttern zu danken für diesen Waffenstillstand; aber das Ministerium steht fleckenlos und rein da, und ich behaupte es im Angesichte aller Gegner, unter schweren Sorgen und unerhörten Schwierigkeiten hat das Ministerium diese wichtige Angelegenheit behandelt, es hat wenigstens den Muth gehabt, die Verantwortlichkeit zu übernehmen, es hat den Muth gehabt, zu sagen: Verwerfen Sie, oder nehmen Sie an, und es hat endlich die Kraft gehabt, sowie das erste Zeichen von Majo-



rität gegen es war, abzutreten. Es hat also in jeder Beziehung seine Pflicht gethan. Ich wünsche, meine Herren, von Herzen, daß die Nachfolger der Minister in gleichem Maaße ihre Pflicht erfüllen (Zischen auf der Linken); ja, meine Herren, ich wünsche es. Ein Ministerium, das eintritt nach einem anderen, das abgetreten ist, weil es festhielt an der Nothwendigkeit, an der Weisheit der Nicht-Verwerfung des Waffenstillstandes, ein solches Ministerium kann nur regieren, wenn es mit Logik und Consequenz und Ehrenhaftigkeit eintritt auf Verwerfung des Waffenstillstandes und Fortsetzung des Krieges, und ich will wünschen, daß unsere Nachfolger den Muth beweisen, den wir bewiesen haben. Meine Herren! Zum Schlusse will ich sagen: Mein Votum werde ich abgeben für den Antrag der sogenannten Minorität. Dieses Votum, diesen Antrag zu formuliren, habe ich selbst wesentlich beigetragen. Diesem Antrage, oder einem ähnlichen durch die Sachlage gerechtfertigten und modificirten werde ich meine Stimme geben. Aber da ich nun einmal auf den Beinen bin, so will ich auch Das noch hinzufügen. Man hat sehr viel von Majoritäts- und Minoritäts-Antrag gesprochen; ich sehe in beiden nur einen Minoritäts-Antrag. Meine Herren! Wir waren 24, es standen Anfangs 9 gegenüber von 9, nachher sind zu der Seite, die sich jetzt aber mit Unrecht die Majorität nennt, Zwei oder Drei hinzugetreten, von diesen Drei waren mehrere bei der Hauptverhandlung gar nicht zugegen, und das gebe ich Ihnen zu bedenken. Was aber die Hauptsache ist, 12 ist noch gar keine Majorität von 24; das ist eine relative Mehrheit; aber 13 ist die erste Ziffer der absoluten Mehrheit, und die Zahl 13 hat die sogenannte Mehrheit nicht für sich. Auf der andern Seite stehen Zehn, die unbedingt für den sogenannten Minoritäts-Antrag sind, und dabei ist zu bemerken, daß Herr v. Lindenau, dessen Antrag Sie gehört haben, sich dem Wesen der Sache nach diesem Minoritäts-Antrag eigentlich anschloß, und daß ich, der Haupturheber desselben, mich der Abstimmung enthalten habe, weil man es von mir verlangt hat. Also, meine Herren, diesem oder einem ähnlichen Antrage, der die Ehre Deutschlands wahr, der die Centralgewalt nicht compromittirt, der nicht eines seiner mächtigsten Glieder verletzt, und allen Modificationen, welche jetzt schon in Aussicht stehen, die Thüre



offen hält, einem solchen Antrage schließe ich mich an, einen solchen Antrag empfehle ich ihrer Annahme. (Beifall auf der Rechten. Zwischen auf der Linken.)

---

## **Zweite Rede,**

gehalten

in der 79. Sitzung der Nationalversammlung  
am 16. September 1848.

---

**M**itten in dieser Debatte ist es mir zuweilen gegangen wie Einem, dem die Augen verbunden werden, und der so in der eigenen Vaterstadt herumgeführt wird, plötzlich aber wird ihm die Binde abgenommen und er wird gefragt: Wo bist du? — So habe ich oft in dieser Debatte mich gefragt: worum handelt es sich eigentlich? Man spricht von allen möglichen Dingen, nur nicht von dem Waffenstillstande. So, meine Herren, hat es das Ministerium nicht verstanden, es hat keine Nebenabsichten gehabt, sondern die ernste Frage vorgelegt: ist unter diesen schwierigen unwillkommenen Umständen dieser Waffenstillstand anzunehmen oder zu verwerfen? Vergessen Sie nicht, und ich muß, meine Herren, es wiederholen, weil man immer geneigt ist, es wieder zu sagen, — vergessen Sie doch nicht, das Ministerium hat keinen Waffenstillstand abzuschließen gehabt, es hat Preußen beauftragt. Und ich habe noch Keinen gehört, der gesagt hätte, daß man hätte Preußen nicht beauftragen sollen. Ich habe Keinen gehört, der gesagt hätte: ich als Minister hätte den Muth gehabt, Preußen das Vertrauen, das Vertrauensvotum abzuschlagen, um das es das Ministerium hat, im Vertrauen auf seine Verdienste für das Vaterland. — Ich weiß es aber, meine Herren, ich kann es mir vollkommen wohl denken, warum man alles Mögliche in diese Debatte hineinmischte. Es sind diejenigen dabei, denen die Einheit Deutschlands auf die Art,



wie die Majorität bisher sie verstanden hat, ein Dorn im Auge ist. Es sind diejenigen, welche planmäßig darauf ausgehen, die Fackel der Zwietracht in unser Volk zu werfen. Es sind ferner diejenigen darunter, welchen eine Entzweiung mit Preußen nicht unwillkommen wäre. Es sind mannigfaltige Gründe, warum man diese Debatte von ihrem wahren und ausschließlichen Gegenstand abzulenken gesucht hat, ich könnte hier noch manche aufzählen, aber da man von einer Seite des Hauses nicht alle Anklagen, die auf mich geworfen wurden, beantwortet wissen will, so muß ich darüber weggehen. Ich wende mich also unmittelbar zu dem Gegenstande, der uns beschäftigt, aber das will ich noch hinzufügen, ich hätte nicht geglaubt, daß so wenig Gerechtigkeit und Billigkeit in diesem Hause wäre. Ich wende mich unmittelbar zum Gegenstande, der uns beschäftigt, und bin genöthigt, meinen Gefühlen Gewalt anzuthun. Ich kann versichern, wie auch Herr Marx v. Sagen gesagt hat, es existiren keine geheimen Artikel, es sind solche nie zu unserer Kenntniß gekommen, und weil das nicht geschehen ist, muß ich mit Sicherheit und Zuversicht annehmen, daß keine existiren. Auch diejenigen Andeutungen in meiner Correspondenz, aus denen man etwas der Art hatte schließen wollen, würden sich, wenn sie sich nicht auf vertrauliche Zuschriften bezögen, vollkommen erklären lassen, und auch diese Erklärung würde ich so geben können, daß ich immer mit vollkommener Wahrung meiner Pflichten gehandelt habe. Es ist, ich glaube von Herrn Jordan aus Gollnow bemerkt worden, es sei zu beklagen, daß zur Zeit der Aufhebung des Bundestags keine Notification an die auswärtigen Mächte ergangen sei; in diese Klage habe ich selbst oft im Stillen eingestimmt, dadurch wären manche Uebelstände vermieden worden. Wenn aber von einer andern Seite gesagt worden ist, die verspätete völkerrechtliche Notification des Amtsantritts des Reichsverwesers sei Schuld an der jetzigen Lage der Dinge in Beziehung auf die Autorisation, Ratification u. s. w., so muß ich dem widersprechen; ich glaubte nicht, daß man einen solchen Vorwurf erneuern würde, nachdem ich ihn früher schon gründlich widerlegt habe. Meine Herren! Erlauben Sie mir, daß ich einigen Bemerkungen der Vorredner, solche nämlich, die mir wichtig scheinen, widerspreche. Es ist von Schweden die Rede gewesen, man hat gesagt: wie konnte man voraus-



sehen, daß Schweden freundschaftlich gegen Deutschland sich zeigen werde? Da hat man aber zwei Zeitpunkte verwechselt; zur Zeit des Mai wäre dieser Einwurf begründet gewesen, aber ich hatte nicht von diesem, sondern von einem späteren Zeitpunkte gesprochen. Ebenso unrecht ist es von Herrn Waitz gewesen, zu sagen, daß Herr Mar v. Gagern das Ministerium vor der möglichen Neigung Preußens gewarnt habe, abzuschließen auch ohne die gestellten Bedingungen. Meine Herren! Ich habe die Briefe gelesen und sie sind gedruckt; aber stand es denn in der Macht des Ministeriums, es anders zu machen, nachdem es die Vollmacht erteilt hatte, oder hätten Sie die Vollmacht zurückgezogen? Herr Mar v. Gagern war, soweit er vermöge seiner Mission dazu im Stande war, natürlich getrieben, dem von selbst vorzubeugen. Es wird mir von Herrn Waitz weiter vorgehalten, daß in meiner Correspondenz eine Fürsorge für die Rechte der Herzogthümer vorliege, allein ich hätte geschwankt; wie will aber Herr Waitz diesen Vorwurf vereinen mit dem, was er an einer andern Stelle gesagt hat, daß nämlich Unterhandlungen in Schleswig gepflogen wurden, die dahin zielten, daß die Gesetze und Verordnungen der provisorischen Regierung aufrecht erhalten würden; jedoch, so sagt er, sollten dabei einzelne Modificationen eintreten, das könne er nur billigen, und, meine Herren, das ist gerade buchstäblich dasselbe, was ich in meiner Correspondenz sage und zu erreichen trachtete. Herr Waitz hat Ihnen ferner gesagt: warum habt Ihr denn den Krieg nicht fortgeführt? In Jütland ist Dänemark von jeher gezwungen worden, den Frieden zu schließen, und welchen Beweis hat er geliefert? Er nannte Schweden. Aber er hat nicht bedacht, daß Schweden in einem Kriege mit Dänemark etwas Anderes bedeutet, als Deutschland in einem Kriege mit Dänemark; Deutschland hatte keine Flotte, Schweden hat eine solche, also paßt dieser Vergleich in keiner Weise; ich will aber von dieser Rede des Herrn Waitz nichts weiter erwähnen, als daß es ihr an allen Conclussen fehlt. Was den Herrn Blömer betrifft, so hat er in seiner sehr fein ausgesponnenen Rede den Minister des Auswärtigen wegen der Ratification mit sich selbst in Widerspruch zu setzen und abschließend die Sache zu Gunsten Preußens zu leiten gesucht. Meine Herren! Das ist auch einer der Punkte, die so außerordentlich schwierig für mich zu berühren sind, und da haben



Sie die Erklärung dessen, daß ich sagte, man wäre so unbillig gegen das Ministerium. Ja, meine Herren, es ist nicht ganz billig, das Absolute von einem Ministerium zu verlangen, jetzt soll ich z. B. die feinen Beziehungen des Reichsministeriums zu Preußen vertheidigen, und ich soll es thun, ohne einen Vorwurf gegen Preußen zu machen; ich habe es so viel wie möglich vermieden. Aber auf diese ganz fein ausgesponnene Rede des Herrn Blömer antworte ich einfach mit folgenden Worten, und diese Worte sind, ich möchte sagen im Lapidarstyl in den gedruckten Actenstücken niedergelegt: Das Ministerium hat die Krone Preußen beauftragt, diesen Waffenstillstand abzuschließen im Namen und aus Auftrag der Centralgewalt; Erster Satz. Das Reichsministerium hat die Krone Preußen beauftragt, diesen Vertrag abzuschließen, ohne daß es sich eine Ratification vorbehalten hätte; Zweiter Satz. Nun kommt aber der dritte Satz, nämlich der, daß in der Vollmacht für die Krone Preußen ganz genau vorgeschrieben war, daß man sich an die Stipulationen von Bellevue, und die Zusätze, die wir machten, zu halten habe. Was folgt nun daraus? Mich dünkt doch auf eine unwiderlegliche Weise: 1) daß unser Auftrag und unsere Vorschrift dahin ging, im Namen und aus Auftrag der Centralgewalt abzuschließen. Das ist nicht geschehen, und daß es nicht geschehen ist, dafür können wir nichts. Es sind genug Gründe für und gegen angeführt worden, allein das Ministerium kann nimmermehr eine Schuld treffen. Was den zweiten Satz betrifft, daß wir uns keine Ratification vorbehalten haben, so habe ich dieß immer zugegeben, und wenn auch Herr v. Würth es nicht zugegeben hat, so kann dieß in der Sache nichts ändern. Wenn man ferner den Mitgliedern des abgetretenen Ministeriums den Vorwurf macht, daß sie nicht einstimmig sich geäußert hätten, so beweist dieß nur den vollen guten Glauben und die Selbstständigkeit der Ueberzeugung, worin sie handelten. Einer kann aber nur die Sache richtig auffassen, und ich, von dem das Meiste ausging, behaupte, daß meine Auffassung die richtige ist, und die genannte Vorschrift ist nicht wegzuleugnen. Wie kann man nun mit Gerechtigkeit und Billigkeit sich hinstellen und sagen: Du hast Preußen die gewünschte Vollmacht ohne Vorbehalt und Bedingungen gegeben. Das ist factisch nicht wahr. Man hat Preußen eine Vollmacht gegeben, ohne Vorbehalt der Ratification, aber unter



Bedingungen. Weil aber die Bedingungen nicht eingehalten wurden, mußte man sich im Ministerium fragen, ob wir uns dieß gefallen lassen, und wie wir die Sache in die National-Versammlung bringen wollten. Da wir nun aber bloß die Verantwortlichkeit in dem Fall übernehmen wollten, wenn nach unsern Bedingungen abgeschlossen wäre, so konnten wir sie bei ganz veränderten Bedingungen nicht übernehmen. Da haben Sie einfach die Erklärung des ganzen Verfahrens, und ich begreife nicht, was man dagegen noch sagen könnte. Herr Jordan hat eine außerordentlich richtige Bemerkung gemacht, die tief eingreifend in das ganze Verhältniß ist. Er hat gesagt, warum die Schleswig-Holsteiner nicht eine ordentliche, tüchtige Revolution gemacht, warum nicht ihren Landesherren davon gesagt, und nicht alle Rechte desselben verfallen erklärt? Wenn sie dieß gethan hätten, so wäre die Sanction, die später hinzu kam, oder das Manifest des Bundestags, nämlich der ausgesprochene Zweck des Krieges möglicherweise ein anderer gewesen. Der Bundestag hat aber überallhin erklärt, man führe keinen Krieg gegen den König von Dänemark, um ihn seiner herzoglichen Krone zu berauben und gewaltsam Schleswig mit Deutschland zu vereinigen, sondern man führe den Krieg zur Wahrung der Verfassungsrechte der Herzogthümer. Es mußte also auch das Ministerium bei Beurtheilung des Waffenstillstandes dieses Ziel festhalten, und damit die erreichten Vortheile vergleichen. Ich freue mich, daß Herr Jordan und mit ihm eine für mich sehr hochstehende Autorität, nämlich Herr v. Vincke (Gelächter auf der Linken), ich will damit nicht sagen, daß ich die Autorität des Herrn Jordan nicht auch hochstelle (wiederholtes Gelächter auf der Linken) — ich freue mich, daß diese beiden Herren mir darin beipflichteten, wenn ich gesagt habe: in Gemäßheit dieses Waffenstillstandes findet durchaus keine Verpflichtung der Centralgewalt statt, nun auf der pünktlichen Durchführung aller Stipulationen des Vertrags, selbst gegen den Willen, die Kraft und die physische Macht der Schleswig-Holsteiner, zu bestehen. Nein, dem ist nicht so. Dazu haben wir uns nie verpflichtet, und wir können auch nicht hierzu verpflichtet gehalten werden. Wenn Dänemark oder die vermittelnden Mächte einen Vertrag abgeschlossen haben, der nach der Natur der Dinge unausführbar ist, was zur Zeit des Abschlusses nicht einzusehen war, so daß



jeder Vorwurf einer Hinterlist wegfällt, so mag Dänemark zusehen, wie es den Vertrag ausführt. Wir gestatten ihm aber nicht, einen Mann dänischer Truppen in die Herzogthümer zu schicken. Das ist unser Recht und dabei bleiben wir. Was die Rede des Herrn Vogt betrifft, so will ich von allem Verlegenden, welches dieselbe gegen mich enthält, nichts berühren, als was zur Sache gehört. Er hat gesagt, England sei sehr feindselig gegen uns gestimmt. Ich bin diesem Gegenstande vor und während der kurzen Dauer meines Amtes als Minister des Auswärtigen mit Aufmerksamkeit gefolgt, und kann versichern, daß ich in dieser Hinsicht gut unterrichtet gewesen bin, und in Uebereinstimmung mit Herrn Mar v. Gagern aber behaupten, daß jener Satz nicht wahr ist, daß England stets freundlich gegen uns gestimmt war und gerade die Interventionsgelüste der Andern zurückwies, ja, daß es seine freundliche Stimme gegen uns selbst zuletzt noch bewährte. Ich sage, selbst zuletzt, denn es hatte Ursache, empfindlich zu sein, da man von seiner Vermittlung so schnell auf die schwedische überging. Gleichwohl finden Sie in den Acten, daß Dänemark in der letzten Zeit, als der erneuerte Kriegsruf und die vermehrten Kriegsschaaren offenkundig in Europa waren; sich gleichzeitig nach Frankreich und England wendete. Frankreich, von dessen Brüderlichkeit Manche so viel zu erzählen wissen, gewährte ihm seinen Beistand ohne weiteres, und schickte eine Note nach Berlin, die nicht in einem freundlichen Ton geschrieben war und eine ähnliche nach Frankfurt, die auf eine würdige Weise erwiedert wurde. Während nun aber Frankreich dieß that, weigerte sich England, es schob die Sache hinaus, und ließ sich belehren. Herr Vogt irrt sich ferner, wenn er mir Blindheit in Beziehung auf Schweden vorwirft. Ich war nicht blind, sondern habe wohl gesehen, daß Schweden anfangs feindselig gegen uns gestimmt war und nur durch die Ehre sich gebunden glaubte, gegen Dänemark verpflichtet zu sein, wie auch Herr v. Auerswald in seiner Note sich ausgedrückt hat. Die fragliche Rede des Abgeordneten Vogt, die sich wie alle seine Reden durch Witze auszeichnet, begeht daneben wirklich die große Ungerechtigkeit, Vorwürfe auf das Reichsministerium zu werfen, ohne jemals zu sagen, oder auch nur anzudeuten, wir hätten die Sache statt eurer machen sollen, und wenn wir sie statt eurer gemacht



hätten, so wäre sie gelungen. Man macht stets Vorwürfe, kann aber nicht beweisen, daß man es besser gemacht hätte. Ich gehe jetzt zu der Rede des Herrn v. Vinke über, denn auch mit ihm kann ich nicht durchaus einverstanden sein, so hoch ich auch sonst seinen Geist und Scharfsinn stelle. Herr v. Vinke sagt: allerdings existirt der deutsche Bund auch noch heute, und das hat er dadurch zu beweisen gesucht, daß er Sie auf die Zwitternatur des alten Bundesstaats aufmerksam gemacht hat. Ja, das gebe ich zu, daß zwischen den Gelehrten immer ein Streit gewesen ist, ob es ein Bundesstaat oder Staatenbund sei. Aber was brauchen wir noch diesen Zweifel? In der Beziehung kann ich dem Herrn v. Vinke auf den historischen Rechtsboden nicht folgen. Meine Herren, ich behaupte, daß die Frage so liegt: existirt im staatsrechtlichen Sinne, in dem Sinne, wie man es sich in einer staatsrechtlichen Verbindung denkt, seiner inneren Natur nach und in seiner Vertretung nach Außen, existirt in dieser Art ein deutscher Bund? und da sage ich: nein, durch das Gesetz über die Centralgewalt ist an die Stelle des deutschen Bundes der deutsche Bundesstaat getreten. Allerdings besteht noch das alte Conglomerat von deutschen Staaten; aber lassen Sie mich das durch ein Beispiel erläutern. Wenn heute Jemand beauftragt wäre, einen Vertrag im Namen von Frankreich abzuschließen, und er würde ihn au nom de la France abschließen, so würde man ihm sagen, er müsse ihn au nom de la république française abschließen, und da muß man sagen: es existirt kein Bund, es existirt nur ein Bundesstaat Deutschland. Es ist mir ganz aus der Seele gesprochen, wenn Herr v. Vinke sagt, er könne in das Lob nicht einstimmen, was einer der Herren Redner dem Herrn v. Arnim, dem Urheber dieses Kriegs, gezollt hat. Nie werde ich in das Lob einstimmen; Staatsmänner, Sachkundige, Geschäftsleute, Kaufleute, Diplomaten haben gleichzeitig bei dem Ausbruche dieses unglückseligen Kriegs den ganzen Umfang des Verderbens und der Verlegenheiten vorausgesehen, und Herr v. Arnim hat das nicht gethan. Ich weiß nicht, ob Herr v. Arnim hier ist, ich spreche nichts gegen seine Person, sondern nur gegen seine Politik. Schon Andere haben ihm vorgeworfen, daß er ohne Grund gesagt hatte: die Schiffe wird man nicht wegnehmen, und daß er nicht daran gedacht hat: hat Deutschland eine Flotte, um gegen das



seefräftige Dänemark einen Krieg zu führen? Ich mache dem Herrn v. Arnim noch einen andern schweren Vorwurf, und der ist der: daß Herr v. Arnim übersehen hat, daß diese scheinbar kleine Frage, sich nothwendig zu diesem Ungethüm, zu diesem Medusenhaupte eines europäischen Krieges gestalten mußte. Denn, meine Herren, vergessen Sie nicht, — und das ist der Gesichtspunkt, den Sie festhalten müssen, — die Mächte werden nie zugeben, daß Dänemark geschwächt werde zum Vortheil der anderen Mächte an der Ostsee, die ich nicht zu nennen brauche. Das ist der Gesichtspunkt, nicht eine ungeheure Zärtlichkeit gegen Dänemark, nicht angeborene Feindseligkeit gegen Deutschland. Die Politik ist es, welche die englischen, die französischen Ansichten immer gefärbt hat und welche uns ewig unmöglich machen wird, mit allen unsern Deductionen durchzubringen; sie sehen nicht, weil sie nicht sehen wollen. Das hat aber Herr v. Arnim nicht eingesehen, er hat uns in einen Krieg hineingestürzt, das ist die unglückselige Erbschaft des Herrn v. Arnim und des Bundes, welche die Centralgewalt auszufechten gehabt hat. Es ist viel leichter, einen Krieg anzufangen, als ihn nachher auf ehrenvolle Weise schlichten. Meine Herren, ich muß Herrn v. Vincke geradezu vorwerfen, daß er in theoretischer und wissenschaftlicher Hinsicht auch einer Verwechslung sich schuldig gemacht hat, indem er fragt: Wie konntest Du denn sprechen von Deiner Verantwortlichkeit? wenn Du Dir die Ratification vorbehalten hättest, da wäre ja keine Rede von der Verantwortlichkeit. Aber das ist dasselbe Versehen, das auch Herr Blömer begangen hat. Herr v. Vincke unterstellt, wir hätten das Recht gehabt, abzuschließen, ohne uns eine Ratification vorzubehalten. Wenigstens die Verantwortlichkeit wollten wir übernehmen, wenn unsere Bedingungen eingehalten würden. Aber dieß ist nicht geschehen. Nun frage ich, was hätten wir für eine Rolle gespielt, wenn wir gesagt hätten: „diesen Waffenstillstand nehmen wir an und fragen die Versammlung gar nicht.“ Dann wäre Ursache gewesen, uns zu verklagen und zu verurtheilen. Meine Herren, ich bin ganz der Ansicht des Herrn v. Vincke in der Beziehung, daß man annehmen oder verwerfen müsse, ein Drittes kenne ich nicht. In diesem Sinne hat das Reichsministerium gehandelt und mußte so handeln, und in diesem Sinne erfordert es Ihre Consequenz, Ihr Muth, Ihre politische Stellung, Ihre



Ehre, Deutschland und der Welt gegenüber, sich zu entscheiden. Ich kann mir gar nicht denken, daß man die Sache halb macht, dem Reichsministerium wird man nicht Halbheit vorwerfen können. Wir haben gesagt: faßt die Nationalversammlung den Beschluß der Sistirung des Rückzugs der Truppen, so ist das eventuell eine Aufhebung des Waffenstillstandes, das können wir nicht zugeben und wenn man es durchsetzen will, so müssen wir eine Cabinetsfrage daraus machen. Aus demselben Grunde muß ich sagen: entweder man nimmt den Waffenstillstand an, oder man verwirft ihn. Die Anträge, die darauf gerichtet sind, den Waffenstillstand halb zu verwerfen und halb aufrecht zu erhalten, sind ganz und gar nichts. Man hat gesagt, in diesem Falle ist die erste Bedingung: die Rückgabe aller Schiffe, die Rückgabe der Gefangenen, denn das erfordert die bona fides, die Ehre großer Nationen. Es ist aber eine andere Frage, ob mit der Annahme des Waffenstillstandes in dem gegenwärtigen Augenblick nicht die Rücksicht verbunden werden kann auf Modificationen, die größtentheils bereits eingetreten sind, ob man nicht im Hinblick darauf gerade die Genehmigung ertheilen soll, und da werde ich, damit Sie nicht nöthig haben, einen förmlichen Antrag zurückzunehmen, mich auch dem so formulirten Antrag anschließen, daß die Annahme des Waffenstillstandes unter Rücksicht auf das, was geschehen ist, nicht zu beanstanden ist. Es bleiben mir noch ein paar Worte übrig zu sagen über das, was Herr Löwe gesprochen hat. Ich bin gerade der umgekehrten Ansicht des Herrn Löwe, er hat uns gesagt: „das ist ein Waffenstillstand, der fruchtlos ist, denn er gewährt nicht die Vortheile des Friedens und führt nicht zum Frieden.“ Ich sage umgekehrt: er gewährt die großen Vortheile des Friedens und führt eventuell zum Frieden. Meine Herren, täuschen wir uns nicht, und selbst wenn Dänemark keine Vernunft erkennen will, wenn der Waffenstillstand angenommen wird, so ist es für jeden Einsichtsvollen eine ausgemachte mathematische Wahrheit, daß der Krieg nicht von Neuem wieder losbricht. Die Hauptforderung ist erreicht, die Herzogthümer sind vereinigt, sie sind nur noch durch eine Personalunion an Dänemark gebunden, und Dänemark darf sich nicht anmaßen, in die verfassungsmäßigen Rechte der Herzogthümer einzugreifen, das ist für uns der Gewinn, und der wird nie aufgegeben. Eine



andere Frage ist, ob wir ganz Schleswig mit Deutschland vereinigen; das ist Gegenstand der Verhandlungen, und ich kann mir nur denken: entweder eine ungetrennte Verbindung Schleswig-Holsteins und deren beiderseitiger Eintritt in den deutschen Bundesstaat, oder eine Theilung Schleswig's nach freier Wahl der Nationalität. Mag das Eine oder das Andere geschehen, so ist gewiß, ein Krieg wird nach Annahme des Waffenstillstandes nicht sich erneuern, das würden die europäischen Mächte verhindern, wenn sie auch nichts zu befehlen haben. Meine Herren, ich will nur einzelnes herausheben, was Herr Löwe gesagt hat, damit Sie sehen, wie falsch seine Argumentationen sind; er sagte: „macht keinen Frieden, am 1. October kommt die Einzahlung der Kriegsteuer.“ Im Gegentheil, das ist eine dringende Nöthigung zum Frieden. Bisher haben die Hinterdänen gar nichts gelitten, kommt aber die Einzahlung der Kriegsteuer auf der Insel, da werden sie sich bedenken vor der Erneuerung des Krieges. Ich will nicht auf das Einzelne eingehen. Was die Rede des Herrn Blum betrifft, so gestehe ich, es wird mir schwer, mit Gelassenheit darauf zu antworten. Er hat sich nicht gescheut, eventuell auf meine Privatgeschäfte hinzuweisen, aber ich will darüber schweigen, ich überlasse Ihnen das Urtheil. (Bravo.) Ich will mich an die Sache halten und man wird denken, was ich denke und fühle; ich will Herrn Blum bloß bemerken, daß es seltsam ist, daß er und so viele Andere mich immerfort und unausgesetzt zur Zielscheibe der Verfolgung machen, daß ich es nicht bin, der diese Amtshandlung vorgenommen hat, gegen den der Vorwurf gemacht wird. Vergessen Sie nicht, daß ich nicht Minister des Auswärtigen, daß ich damals Justizminister war und nur eine Stimme mit hatte, und wenn ich auch solidarisch hafte, so haben Sie doch nicht die Ungerechtigkeit, mir dieß alles in die Schuhe zu schütten. Meine Herren, es ist eben so falsch, wenn Herr Blum gesagt hat: „unmittelbar nach Schaffung der Centralgewalt hat man in Malmö abgeschlossen.“ Das Gesetz über die Centralgewalt ist erst am 28. gemacht worden, der Reichsverweser hat seine Annahme, — da erst war die Sache unter den beiden Contrahenten, der Nationalversammlung und ihm perfect, — der Deputation in Wien gegeben am 6. und 7. Juli, und der Vertrag in Malmö ward am 2. Juli abgeschlossen, und nun



frage ich, ob man solche Behauptungen hinwerfen darf. Wenn Herr Blum mit einer Klage gegen das Reichsministerium droht, so erwarte ich ja diese Klage, ich kann gar nicht mehr sagen. Ich bin mir bewußt, — ich kann aber auch verblendet sein, — daß ich und meine Collegen alles, was Vaterlandsliebe, Vor-  
sicht und Berücksichtigung der Würde und Ehre Deutschlands erheischen, gethan haben, und Jeder, der die Actenstücke mit Aufmerksamkeit lesen wird, wird sich davon überzeugen. Im Uebrigen hat Jemand gesagt, Sie seien wie ein großes Geschwornengericht zu betrachten. Handeln Sie so mit Loyalität und Unparteilichkeit der Geschwornen und ich bin vollkommen zufrieden. Auch das ist ganz falsch von Herrn Blum, daß er sagt, man hätte auf eine Indemnity-Bill angetragen; ich habe gesagt, wir hätten darauf angetragen, wenn der Waffenstillstand so abgeschlossen worden wäre, wie wir vorgeschlagen hatten. Nachdem dieß aber nicht geschehen ist, so mußten wir Ihre Genehmigung neu einholen. Ebenso deprecire ich das Beispiel von Limburg, das man gegen uns angeführt hat, und ich will es mit prophetischer Stimme sagen: wenn einer von unsern Nachfolgern einen andern Gang einschlagen wird, als den wir eingeleitet haben, — denn wir sind gelähmt seit 10 bis 12 Tagen in politischen Handlungen, — so wird er dieselben und eine schwere Verwicklung herbeiführen, als wegen Schleswig-Holstein. Wie kann Herr Blum solche Behauptungen aufstellen? Ich stelle nur ein Beispiel auf, um zu zeigen, es ist nicht Alles wahr, was man mit starker Stimme und mit großer Zuversicht sagt. (Eine Stimme von der Linken: Verdächtigung!) Es ist ja doch kein Verbrechen, eine große Stimme zu haben. (Heiterkeit in der Versammlung.) Herr Blum hat gesagt, dieses perste England, welches jährlich 17 Millionen Pfd. Sterling in die Tasche steckt. Ja, meine Herren, 17 Millionen Pfd. Sterling in die Tasche steckt. Dann ist Deutschland sehr reich, wenn es diese Summe jährlich wegschenken kann. Die Wahrheit ist, der ganze Umsatz zwischen England und Deutschland beträgt nicht 17 Millionen Pfd. Sterling. (Eine Stimme: Thaler!) Ich wiederhole es mit Herrn v. Vincke, und das ist für mich eine gute Autorität, ich wiederhole es mit diesen Herren von dieser Seite (sich zur Linken wendend): nach meiner Ueberzeugung ist ein Ministerium, welches nicht gebildet



wird auf Grundlage der Verwerfung des Waffenstillstandes und der weitem Kriegsführung gegen Dänemark, ohne Transaction, ohne Halbheit und Jaghaftigkeit, das einzige mögliche, welches mit Ehre und Bestand sein Amt antreten kann. Ich gehe auf die Conclusionen meines Vortrages über. (Unruhe in der Versammlung.) Ich empfehle noch einmal dringend die Annahme des Waffenstillstandes und zwar, wie ich gesagt habe, ohne fernere Unterhandlungen, denn das sind Absurditäten, wenn man gleichzeitig erfüllen und unterhandeln soll. Im Hinblick auf das, was bereits an Modificationen eingetreten ist und noch eintreten wird, empfehle ich Ihnen die Annahme, die Nichtverwerfung, die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes. Die Hauptgründe, die ich anzuführen habe, sind folgende. Ich sage Ihnen nochmals: es ist nichts verloren durch den Waffenstillstand, der kein Friede ist, und namentlich ist für die Ehre Deutschland's nichts verloren, denn das Ziel des Kriegs ist interimistisch weit mehr für unser Recht, als für die Gegner erreicht; gewonnen ist aber unendlich viel für den künftigen Frieden und für die definitive Gestaltung der schleswig-holsteinischen staatsrechtlichen Verhältnisse; denn Sie wissen, daß sie angebahnt ist in der Hauptsache und mit Hinzuziehung der Modificationen, die nothwendig eintreten und eintreten müssen; das hat schon Herr Wassermann gesagt. Zweitens haben Sie gewonnen ein unendlich Großes, daß die Absatzwege des Handels wiedereröffnet sind; Sie haben gewonnen, daß die Industrie sich wieder frei bewegen, sich wieder auf den Credit der Seestädte stützen kann, der wieder neu aufleben wird. Sie gewinnen, daß beim Herannahen des mit schwerer Ahnung erwarteten Winters der Credit und der Handel wieder hergestellt wird, und in eben dem Augenblicke ist, wie Kaufleute mir bestätigen können, dieses doppelt erwünscht, daß die Handelswege frei werden. Man weiß, daß eine ganze Masse deutscher Schiffe von England aus auf dem Wege ist, welche nothwendig den Dänen in die Hände fallen müssen; man weiß, daß England durch die hohen Kartoffelpreise genöthigt ist, die Kornzufuhr aus den preussischen Ostseeprovinzen zu sichern, was einen reichen Segen in diese Provinzen führt. Das Dritte ist endlich, daß Sie von dieser Seite eine blutende, eiternde Wunde verbunden haben und daß Sie dann Ruhe haben, Ihre inneren Verhältnisse zu ordnen, daß wir das



Verfassungswerk vollenden, daß wir uns stärken können nach Außen und jene völkerrechtliche Geltung bei den Staaten erlangen, — was unendlich schwer ist und durch den letzten Beschluß der Sistirung noch mehr erschwert wurde; denn darüber habe ich selbst die traurigsten Erfahrungen gemacht. — Und Sie gewinnen, daß die Ansichten sich bekehren und die Freundschaftsbande sich anders gestalten, als sie bis jetzt waren. Dagegen halte ich für kein Aequivalent, was gegen diese unendlichen Vortheile in die Wage zu legen wäre. Wenn auch einige constitutionelle Rechte Schleswig-Holsteins auf einige Zeit vertagt sind, so ist ja doch für die Herzogthümer definitiv nichts verloren; diese sind unter guter Obhut (hört!); ja sie kommen dahin, verlassen Sie sich darauf. Ebenso werden Sie durch die Verwerfung des Waffenstillstands alle unsere völkerrechtlichen Beziehungen aufs Aeußerste gefährden. Ich habe nie gesagt, meine Herren: haben Sie Furcht vor einem europäischen Kriege, wiewohl ich die Aussicht auf einen europäischen Krieg, wenn man Jütland angreift, nicht gering anschlage. Aber abgesehen von der äußersten Kriegsgefahr, ist es immer ein großer Uebelstand, wenn man mit fremden Mächten gewissermaßen à couteaux tirés umgehen muß. Den guten Willen der Mächte muß man in vielen Beziehungen für sich haben. Ebenso finde ich die Fortführung des Krieges gegen die Neigung Preußens unmöglich und der Zeit bei der so geschützten Lage Dänemarks für jetzt unerreichbar. Wie sehr Preußen festhält am Waffenstillstande, haben Ihnen schon Preußen gesagt mit Anführung von Gründen, die wir nicht bezweifeln dürfen, namentlich das, was Herr Jordan und Herr v. Vincke gesagt haben, und ich glaube, Sie gefährden alle Resultate unserer Revolution dadurch, denn auch ich glaube daran, und Sie wissen nicht, was Sie erlangen, wenn ein Zwiespalt eintritt. Meine Herren, ich eile zum Ende und ich will nur noch die Bemerkung machen: ich habe nie geglaubt, daß das Raisonnement derjenigen richtig sei, welche sagen: „Nun gilt es, nun ist es das erste Mal, daß wir Krieg geführt haben, jetzt müssen wir uns zeigen.“ Das glaube ich nicht, im Gegentheil dadurch, daß wir Mäßigung und Besonnenheit dem schwachen besiegten Feinde gegenüber zeigen, dadurch erlangen wir Credit und Ansehen und Geltung bei den Mächten, und daß diese Anschauungsweise die richtige ist,



dieses beweist die Stimme Europa's. Ich empfehle Ihnen daher die Nichtbeanstandung des Waffenstillstandes, und glaube sagen zu können, es ist dieses wichtig für mich: ich trete ab mit dem Bewußtsein, in jeder Beziehung meine Pflicht erfüllt zu haben. (Bravo auf der Rechten, Zischen auf der Linken, Ruf nach Schluß.)